

Sitzungsniederschrift

Gremium: **Rat**

Datum: **Donnerstag, 26. Januar 2017, um 17:00 Uhr**

Ort: **Ratssaal des Rathauses**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 22:05 Uhr

Anwesend:	Alder, Joachim Bosse, Cornelia Broughman, Stefan Diedrich, Friedrich-Wilhelm Dinter, Norbert Doil, Hans-Joachim Duckstein, Christian Engelke, Ulrich Fox, Andreas Gehrke, Michael Girod-Blöhm, Alexandra Gogolin, Gabriele Grune, Margit Heister-Neumann, Elisabeth Ide, Guido Junglas, Klaus Kalisch, Wolfgang Klimaschewski-Losch, Ina Kühl, Yvette Niemann, Margrit Preuß, Friedrich Reinhold, Stefan Romba, Christian Ryll, Martin Schadebrodt, Petra Schmidt, Christian Strümpel, Uwe Viedt, Hans-Henning Waterkamp, Axel E. H. Dr. Weferling, Stefan Wiesenborn, Petra Winkelmann, Wilfried
-----------	--

von der Verwaltung:

Bürgermeister Wittich Schobert
Erster Stadtrat Henning Konrad Otto
Jens Schulze (Protokollführer)

Bürgermeister

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

durchschnittliche Zahl der Zuschauer im Internet: 95

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung
TOP 2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
TOP 3	Feststellung der Tagesordnung
TOP 4	Einwohnerfragestunde
TOP 5	Fragestunde des Rates
TOP 5.1	Frau Gogolin: Deutsche Bank am Papenberg
TOP 5.2	Herr Waterkamp: Kreisverkehrsplatz in der Emmerstedter Straße/Höhe Schwalbenbreite
TOP 5.3	Herr Gehrke: Brand in der Silvesternacht
TOP 5.4	Herr Gehrke: Einrichten einer Meckerecke auf der städtischen Homepage
TOP 5.5	Herr Gehrke: Straßenreinigung in der Gerhart-Hauptmann-Weg
TOP 5.6	Herr Viedt: Naturfreundehaus Helmstedt
TOP 6	Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
TOP 7	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 15.12.2016
TOP 8	<u>V003/17</u> Beschluss über den Gesamtabchluss 2014
TOP 9	<u>V121/16</u> Delegation von personalrechtlichen Befugnissen vom Rat auf den Verwaltungsausschuss
TOP 10	<u>V015a/17</u> Weiterbetrieb des Waldbades Birketeich; Änderung der Haushaltssicherungsmaßnahme
TOP 11	<u>V073/16</u> Änderung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten
TOP 12	<u>V094/16</u> Zuschusanträge von Kitas für baul. Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2017
TOP 13	<u>V131/16</u> Sachstand Skateranlage
TOP 14	<u>V133/16</u> Antrag von ev.-luth. Kitas auf Erweiterung von Betreuungsangeboten
TOP 15	<u>V010/17</u> Neuabschluss der Vereinbarung über die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
TOP 16	<u>V012/17</u> Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Helmstedt
TOP 17	<u>V019/17</u> Stiftung zur Erhaltung von Kulturdenkmalen in Helmstedt; Anpassung der Stiftungssatzung an die Mustersatzung der Abgabenordnung
TOP 18	<u>V011/17</u> Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. OTB 354 Gewerbegebiet Barmke-Autobahn Aufstellungsbeschluss -
TOP 19	<u>V153a/16</u> Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH) Haushaltsplan 2017 -
TOP 20	<u>V002a/17</u> Haushalt der Stadt Helmstedt für das Haushaltsjahr 2017; a) Haushaltssatzung einschl. Haushaltsplan mit Stellenplan; b) Investitionsprogramm; c) Haushaltssicherungskonzept einschl. Haushaltssicherungsbericht
TOP 21	<u>V021/17</u> Benennung von beratenden Mitgliedern in den Fachausschüssen
TOP 22	<u>V022/17</u> Korrektur des Protokolls der Ratssitzung vom 03.03.2016; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE
TOP 23	<u>V023/17</u> Fotoalbum zu touristischen Glanzpunkten in der Homepage der Stadt Helmstedt einrichten; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE
TOP 24	Bekanntgaben
TOP 24.1	<u>B008/17</u> Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016; Stand:16.01.2017

Schulzej

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung des Rates der Stadt Helmstedt fest. Sie bittet Herrn Schulze, die Anwesenheit festzustellen. Im Anschluss daran stellt sie fest, dass die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Helmstedt gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Heister-Neumann gibt bekannt, dass die Punkte 7 und 9 verwaltungsseitig von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Frau Klimaschewski-Losch fragt, warum es keine Tischvorlage zu den strategischen Zielen der Stadt Helmstedt gibt, zumal dies in der vergangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses zugesagt wurde.

Bürgermeister Wittich Schobert antwortet, dass die strategischen Ziele auf Seite 3 der Veränderungsliste zu Vorlage 2a/2017 korrigiert wurden.

Der Rat der Stadt Helmstedt stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig - bei einer Enthaltung - zu.

Sodann stellt Frau Heister-Neumann die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird jedoch kein Gebrauch gemacht.

TOP 5 Fragestunde des Rates

TOP 5.1 Frau Gogolin: Deutsche Bank am Papenberg

Frau Gogolin habe gehört, dass die Deutsche Bank am Papenberg evtl. geschlossen werden soll. Sie stellt die Frage, ob es dazu Informationen der Verwaltung gebe.

Der Bürgermeister antwortet, dass er keinerlei Informationen dazu habe.

TOP 5.2 Herr Waterkamp: Kreisverkehrsplatz in der Emmerstedter Straße/Höhe Schwalbenbreite

Herr Waterkamp fragt an, ob ein Kreisverkehrsplatz in der Emmerstedter Straße/Höhe Schwalbenbreite denkbar wäre. Aufgrund der neu geschaffenen unübersichtlichen Verkehrssituation an der Emmerstedter Straße/Höhe Schwalbenbreite nach dem Neubau des dort angesiedelten Gewerbekomplexes beantragt die AfD-Fraktion die Prüfung auf Realisierbarkeit, ob an dieser Stelle die Verkehrsführung geändert werden kann und der Bau eines Kreisverkehrsplatzes möglich sei. Nach der Auffassung der AfD-Fraktion ist geeignet viel Verkehrsraum vorhanden. Sollte der Platz nicht ausreichen oder größere Fahrzeuge (Busse oder Lastkraftwagen) dadurch behindert werden, so wäre ein sogenannter "Minikreisverkehr" ggf. realisierbar. An dieser Stelle würde man nicht nur einen potenziellen Unfallschwerpunkt im Helmstedter Stadtgebiet bereinigen, sondern gleichzeitig auch den Verkehr beruhigen, was nach Auffassung der AfD-Fraktion dringend notwendig wäre, da gerade in diesem Bereich vermehrt Fußgänger und Radfahrer unterwegs seien.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Situation im Bereich Emmerstedter Straße/Höhe Schwalbenbreite schon seit einiger Zeit beobachtet wird. Er schlägt vor, diese Thematik in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit und Ordnung (ASO) anzusprechen und zu beraten.

TOP 5.3 Herr Gehrke: Brand in der Silvesternacht

Herr Gehrke stellte im Vorfeld der Ratssitzung folgende Fragen:

Am 31. Dezember 2015 berichtete die Braunschweiger Zeitung Das milde und trockene Wetter stellt für die Brandschützer in der Silvesternacht eine besondere Gefahr dar. Feuerwehrsprecher Gerald Kammann erklärt: "Sollten gezündete Feuerwerkskörper auf Balkonen oder Dächern landen, könnten sie dort leicht Brände verursachen. Es fehlen Schnee oder Regen, der die Knaller schneller verglimmen lässt." Am 3. Januar 2017 war in der BZ zu lesen: Horst Harig verhindert Brand in der Silvesternacht. Das war knapp: Horst Harig (80) hat nach eigenen Aussagen wohl einen Brand direkt am Helmstedter Markt gerade noch verhindert. Der Grund: Auf der Dachterrasse seines Fachwerkhauses waren noch glimmende Feuerwerkskörper gelandet. "Ich habe die dann mit Wasser gelöscht und den Rest vernichtet", sagt er im Gespräch mit unserer Zeitung.

Immer wieder ist es in der Vergangenheit durch Feuerwerkskörper zu Großbränden gekommen, die wertvolle Bausubstanz in den Innenstädten vernichtet haben, so z. B. in Osterode und in Goslar. Niedersächsische Städte wie Braunschweig, Goslar, Wolfenbüttel, Osterode, Celle, Northeim, Hameln, Bad Gandersheim, Hornburg, Hatten, Göttingen haben zum Schutz ihrer historischen Zentren unter Bezugnahme auf das im Oktober 2009 geänderte Sprengstoffgesetz des Bundes Verfügungen erlassen, die das Abschießen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern in besonders gefährdeten Bereichen mit Fachwerkhäusern verbieten. Auch zeitliche Beschränkungen (Silvesterfeuerwerk nur in der Zeit vom 31.12., 18:00 Uhr bis 01.01., 02:00 Uhr) werden von einer Reihe von Kommunen festgesetzt. Durch die Großbrände in Helmstedt in der jüngsten Vergangenheit, bei denen nur durch den mutigen und hochprofessionellen Einsatz der Feuerwehr noch größerer Schaden verhindert werden konnte, ist Helmstedt gebranntes Kind, und es sollte eigentlich eine besondere Sensibilität bestehen, was die Gefahr der Vernichtung wertvoller Bausubstanz in der Innenstadt durch Brandgefahr betrifft.

Fragen an die Verwaltung:

1. Wie beurteilt die Verwaltung das Gefährdungspotential, das im Artikel der BZ vom 3.1.2017 geschildert wurde?
2. Paragraph 23 des Sprengstoffgesetzes verbietet das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Fachwerkhäusern. Dieser Begriff wird übereinstimmend (z.B. in Braunschweig) so definiert: Verboten ist Feuerwerk grundsätzlich in

einem Abstand von 200 Metern um Fachwerkhäuser herum. Im Umkreis von rund 25 bis 30 Metern dürfen auch keine Böller gezündet werden. Kontrolliert wird das Verbot von Polizei und Zentralem Ordnungsdienst der Stadt. Was würde die Anwendung dieser Definition für die Situation auf dem Marktplatz bedeuten?

3. Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für sinnvoll, bzw. notwendig, um den größtmöglichen Schutz der wertvollen Bausubstanz in der Helmstedter Innenstadt vor Brandgefahr durch Feuerwerk zu gewährleisten?

Antwort der Verwaltung:

Das Thema räumliches Verbot von Silvesterfeuerwerk in der Stadt Helmstedt ist erstmalig vom ehem. Ratsmitglied Dehning im VA am 14.01.2010 aufgegriffen worden. Offenbar ausgehend von einem (erneuteten) Brand in der Goslarer Altstadt in der Nacht vom 01.01. auf den 02.01.2010 (allerdings ohne Bezug zu Silvesterfeuerwerk) ist die Frage aufgeworfen worden, ob man dem Vorbild einiger anderer (Fachwerk-)Städte wie z. B. Goslar folgend auch in der Innenstadt von Helmstedt ein allgemeines Feuerwerksverbot aussprechen könne.

Im Rahmen einer zur Diskussion gestellte Vorlage sind dann dem ASO am 06.05.2010 die rechtlichen und (aus Sicht der Verwaltung) tatsächlichen Hintergründe zu dem Thema dargelegt worden. Demnach ist die Rechtslage nach der seit dem 01.10.2009 geltenden Änderung der 1. Sprengstoffverordnung so, dass u. a. in unmittelbare Nähe zu Fachwerkhäusern das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk verboten ist. Aufgrund der konkretisierenden Verwaltungsvorschriften und Erlasse bedeutet dies, dass Höhenfeuerwerk (Raketen) in einem Umkreis von 200 m zu Fachwerkhäusern nicht abgebrannt werden darf, was wiederum für Helmstedt bedeutet, dass im Prinzip fast nirgendwo rechtmäßig Silvesterfeuerwerk stattfinden darf (nicht mal auf den Dörfern). Darüber hinaus ist es rechtlich möglich (§ 24 Abs. 2 1. SprengstoffVO), aber eigentlich nicht erforderlich (s. o.), die gem. 1. SprengstoffVO grds. zulässigen Orte und Zeiten (31.12., 00.00 Uhr bis 01.01., 24.00 Uhr) im Rahmen einer Allgemeinverfügung weiter einzuschränken.

Die Politik hat das Thema danach nicht weiter aufgegriffen. Es wurde nur gewünscht, dass wir vor dem Jahreswechsel 2010/2011 pressewirksam auf die allgemeine Rechtslage hinweisen, was auch geschehen ist. Verwaltungsseitig ist das Thema ebenfalls nicht mit Nachdruck weiterverfolgt worden, da eine Durchsetzung des (bestehenden) Verbotes in der Praxis überhaupt nicht möglich ist. So hat sich seinerzeit übrigens auch die Polizei geäußert, die sich aus personellen Gründen (natürlich) außer Stande sah, in der Silvesternacht für eine umfassende Überwachung zu sorgen. Allerdings hatte sich auch die Helmstedter Feuerwehr sehr zurückhaltend geäußert. Aus derer Sicht war/ist das Gefahrenpotential für die Fachwerkhäuser durch Silvesterfeuerwerk eher als gering einzustufen (wobei man Brände natürlich trotzdem nie ganz ausschließen kann). Viel problematischer werden z. B. Wärmeverbundsysteme beurteilt, mit denen vielerorts und in großer Anzahl Häuser in den letzten Jahren nachträglich (und z. T. noch nicht einmal ohne weiteres erkennbar) gedämmt worden sind.

Zu den einzelnen Fragen:

Wie beurteilt die Verwaltung das Gefährdungspotential, das im Artikel der BZ vom 03.01.2017 geschildert wurde?

- natürlich stellt Silvesterfeuerwerk (neben anderen Gefahren und unschönen Begleiterscheinungen wie Vermüllung) auch eine potentielle Gefahr für den Brandschutz dar
- im Gegensatz z. B. zu Reetdächern sind die Gebäude in der Helmstedter Innenstadt (selbst die Fachwerkhäuser) jedoch nicht über Gebühr gefährdet

- selbst eine noch glimmende Rakete wird in aller Regel nicht in der Lage sein, den Brand eines Fachwerkhauses zu verursachen (wobei das natürlich nie ganz auszuschließen ist)

2. Paragraph 23 des Sprengstoffgesetzes (richtig: 1. SprengstoffVO) verbietet das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Fachwerkhäusern. Dieser Begriff wird übereinstimmend (z. B. in Braunschweig) so definiert: Verboten ist Feuerwerk grds. in einem Abstand von 200 Metern u. a. um Fachwerkhäuser herum. Im Umkreis von 25 bis 30 Metern dürfen auch keine Böller gezündet werden.. Kontrolliert wird das Verbot von Polizei und Zentralem Ordnungsdienst der Stadt (Anmerkung: Möchte ich bezweifeln!!).

Was würde die Anwendung dieser Definition für die Situation auf dem Marktplatz bedeuten?

- wie eingangs dargelegt, bedeutet die bestehende Rechtslage (nicht Definition), dass auf dem Marktplatz und nicht nur dort kein Silvesterfeuerwerk abgebrannt werden darf
- diese eigentlich eindeutige Rechtslage ist allerdings in keiner Weise durchsetzbar

3. Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für sinnvoll bzw. notwendig, um den größtmöglichen Schutz der wertvollen Bausubstanz in der Helmstedter Innenstadt vor Brandgefahr durch Feuerwerk zu gewährleisten?

- natürlich wäre es wünschenswert, wenn es in der Silvesternacht insbesondere in der Innenstadt zu keinem Abbrennen von Feuerwerk mehr kommen würde, um jegliche Gefahrenquelle auszuschließen bzw. zu minimieren
- die Rechtslage ist eindeutig; weitergehende Regelungen sind nicht erforderlich
- das Problem ist die Überwachung (s. o.)
- sinnvoll könnte eine regelmäßige Pressearbeit im Vorfeld der Jahreswechsel sein, bei der auf die Rechtslage, die Gefahren und die Möglichkeiten der Gebäudeeigentümer (in der Silvesternacht immer mal wieder nach dem Rechten sehen) hingewiesen wird.

TOP 5.4 Herr Gehrke: Einrichten einer Meckerecke auf der städtischen Homepage

Herr Gehrke stellt erneut die Frage, ab wann eine sogenannte "Meckerecke" auf der städtischen Homepage eingerichtet wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass seit dem 24.01.2017 ein Beschwerdemanagement auf der städtischen Homepage freigeschaltet wurde. Dort ist ein Formular hinterlegt, mit welchem die Bürger mit der Verwaltung kommunizieren und Misstände melden können.

TOP 5.5 Herr Gehrke: Straßenreinigung in der Gerhart-Hauptmann-Weg

Herr Gehrke stellte schriftlich folgende Frage:

Es ist wohl nur schlecht zu verhindern, dass durch Mängel an Maschinen oder personelle Engpässe die vorgesehene Straßenreinigung in Einzelfällen ausfällt. Ungewöhnlich ist jedoch, dass z.B. auf dem Gerhart-Hauptmann-Weg nach Angaben von Anliegern seit über 12 Wochen nicht mehr gekehrt worden ist. Für die betroffenen Anlieger ist dies eine sehr unbefriedigende Situation. Ich frage die Verwaltung:

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, im Sinne einer bürgernahen Kommunikation die

Anlieger über die Presse und/oder auf der Homepage der Stadt über den bevorstehenden Ausfall der Straßenreinigung, auch was Grund und Dauer betrifft, zu informieren?

Die Verwaltung beantwortet die Frage wie folgt:

Aufgrund von Bauarbeiten darf der Gerhard-Hauptmann-Weg seit dem 19.09.2016 bis zunächst 31.01.2017 nicht mehr maschinell gekehrt werden. Dies hängt damit zusammen, dass das eingebrachte Fugenmaterial durch die Maschinen wieder aufgesaugt werden würde. Daher muss dieses Material eine Zeit lang "ruhen".

Eine Pressemitteilung o. ä. wird für nicht praktikabel und vor allem wirkungsvoll angesehen. Die Kehrverbote nach Tiefbauarbeiten dauern meist länger an. Wenn den meisten Anliegern es auffällt, dass die Reinigung nicht durchgeführt wird, sind die Pressemitteilungen oder News meist schon nicht mehr präsent. Zum anderen handelt es sich meist nur um einzelne wenige Straßen oder mehrere einzelne bestimmte Abschnitte, so dass angesichts der Anzahl die Mitteilungen rasch übersehen werden. Den interessierten Bürgern steht selbstverständlich die Möglichkeit offen, sich nach Gründen des Ausfalls beim Tiefbau oder auf dem Betriebshof zu erkundigen, was etliche Bürger bereits regelmäßig tun.

TOP 5.6 Herr Viedt: Naturfreundehaus Helmstedt

Herr Viedt berichtet, dass der Landkreis Helmstedt beabsichtigt, das Naturfreundehaus in eine Inobhutnahmestelle bzw. Clearingstelle umzubauen. Er stellt die Frage, ob auf die Stadt Helmstedt in irgendeiner Art und Weise Kosten zukommen.

Der Bürgermeister antwortet, dass man zwar Informationen über die groben Planungen des Landkreises habe, jedoch fehlen die genauen Details. Man habe keinerlei Anzeichen dafür, dass hier irgendeine Kostenübernahme auf die Stadt Helmstedt zukomme.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der Bürgermeister berichtet von einer Absprache im Verwaltungsausschuss zum weiteren Vorgehen im Bereich der Fusion mit der Gemeinde Büddenstedt. Man habe sich im VA darauf verständigt, dass die Themenbereiche Geschäftsordnung, Hauptsatzung und personalrechtliche Übertragungen von Befugnissen im Rahmen des Interimsrates Helmstedt-Büddenstedt beraten werden sollen, damit die Partner aus der Gemeinde Büddenstedt von Anfang an eingebunden werden. Weiterhin habe man sich darauf verständigt, dass der Beirat für Kulturdenkmäler und auch der Beirat für die Universitätstage bis zum Ende der Wahlperiode ohne Veränderungen weiterarbeiten. Diese Gremien werden dann vom neuen Rat der Stadt Helmstedt nach der Kommunalwahl am 24.09.2017 neu besetzt.

TOP 7 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 15.12.2016

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 8 Beschluss über den Gesamtabchluss 2014

V003/17

Herr Duckstein gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 4 Enthaltungen - den

Beschluss

Der Gesamtabschluss der Stadt Helmstedt für das Haushaltsjahr 2014 wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.

TOP 9 Delegation von personalrechtlichen Befugnissen vom Rat auf den Verwaltungsausschuss

V121/16

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 10 Weiterbetrieb des Waldbades Birkerteich; Änderung der Haushaltssicherungsmaßnahme

V015a/17

Herr Junglas gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt. Er ergänzt, dass sich der Rat der Stadt Helmstedt bereits 2016 für den Erhalt des Waldbades über das Jahr 2019 hinaus ausgesprochen habe. Dazu soll nun folgendes beschlossen werden:

1. die Aufhebung der bisherigen Haushaltssicherungsmaßnahme zum Waldbad Birkerteich;
2. das Verfahren im Hinblick auf eine Ersatzkonsolidierungsmaßnahme, die vom Land verlangt wird;
3. die bereits vorliegende Sanierungsstudie für das Waldbad soll überarbeitet und ergänzt werden.

Die SPD-Fraktion habe bereits mit Datum vom 25. April 2016 einen Antrag zum Erhalt des Waldbades gestellt, der am 02.06.2016 vom Rat zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen wurde. Dieses soll nun in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzmanagement geschehen, da der SPD-Antrag weitergehender ist als die Vorlage 15a/2017 und z.B. die Ergänzung des Bades durch einen Kletterwald beinhaltet. Besonders wenn später auch der Zuschuss an den Förderverein Waldbad Birkerteich e.V. zur Errichtung eines Babyplanschbeckens beschlossen werden sollte (im Haushalt sind dafür 10.000 € vorgesehen), lege man einen wichtigen Grundstein, um das Freibad zu erhalten und damit Helmstedt als Mittelzentrum des Landkreises Helmstedt zu stärken.

Herr Preuß stellt klar, dass er für das Waldbad Birkerteich sei. Jedoch habe er Probleme damit, dass zunächst ein Konsolidierungshaushalt aufgestellt wird, in welchem man sich verpflichtet, Gelder für das Waldbad einzusparen, und kurze Zeit später kippe man diesen Entschluss wieder. Man hätte im Vorfeld der Diskussion feststellen müssen, welche Kosten auf die Stadt Helmstedt zukommen und in welchen Bereichen man nun einsparen möchte. Diese Taktik, die man an den Tag lege, sei nicht ut für den Bürger. Man setze auch falsche Zeichen für die Büddenstedter Bürger. Er befürchte, dass das gleiche Prozedere mit dem Bad in Büddenstedt gemacht werde. Es handele sich hier um freiwillige Leistungen. Man müsse daher dem Bürger im Vorfeld klar darstellen, in welchen Bereichen stattdessen gespart wird. Dem 3. Punkt des Beschlussvorschlages könne er sich anschließen. Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages müsse man festlegen, in welchen Bereichen stattdessen Geld eingespart werden soll. Er stellt den Antrag, dass alle Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abgestimmt werden.

Frau Schadebrodt bringt für die FDP-Fraktion zum Ausdruck, dass das Freibad auch ab 2019 geöffnet bleiben sollte und dass die erforderlichen städtischen Zuschüsse dafür auch weiterhin gewährt werden können. Insofern unterstütze die FDP-Fraktion uneingeschränkt das Bemühen, das Waldbad Birkerteich zu erhalten und für die Haushaltssicherungsmaßnahme einen Ersatz zu finden. Allerdings müsse man für die Lösungsfindung auch zwei Dinge klarstellen. Zum einen könne die Ersatzmaßnahme nicht darin bestehen, Steuern zu erhöhen. Man könne nicht

für einen geringen Teil der Bevölkerung 216.000 € für das Freibad ausgeben, bezahlen sollen es aber alle Bürger über z. B. höhere Grundsteuern. Das wäre aus ihrer Sicht ungerecht und unangemessen. Die Ersatzmaßnahme dürfe nicht auf der Einnahmenseite, sondern sie müsse auf der Ausgabenseite gefunden werden. Zum zweiten könnte es nicht sein, dass man eine verbindlich beschlossene Haushaltssicherungsmaßnahme zurücknehme, ohne eine Gegenfinanzierung zu definieren. Dies sei unseriös, und ihre Fraktion werde deshalb diesem Teil des Beschlussvorschlags nicht zustimmen. Sicherlich sei es äußerst schwierig, auf der Ausgabenseite eine Ersatzmaßnahme zu finden. Aber wenn man das Waldbad erhalten wolle, dann müsse es gelingen, innerhalb der 38 Mio. € Gesamtaufwendungen den Betrag von 216.000 € aufzubringen. In die Überlegungen müsse im Übrigen auch einfließen, dass möglicherweise hohe Investitionen in den Folgejahren anstehen, die auch nicht über Steuererhöhungen finanziert werden können. Vielleicht sollte man nicht mehrere hunderttausend Euro in das Kompetenzzentrum stecken, sondern es doch verkaufen. Statt hoher Kosten könnte man mit dem Verkaufserlös das Freibad retten. Zumindest sollte man sich noch einmal die Frage stellen, welche Prioritäten man setzen wolle und könne. Denn alles sei nicht finanzierbar. Vielleicht ergeben sich auch im Zuge der Umsetzung der Fusion mit Büddenstedt Reserven, die es ermöglichen, nicht nur das Hallenbad in Büddenstedt, sondern auch das Waldbad in Helmstedt zu erhalten. Außerdem sei noch die Frage offen, mit welchen Kosten man ohnehin rechnen müsse, wenn das geschlossene Waldbad als Denkmal pflichtgemäß zu unterhalten wäre. Es gebe also genügend Ansätze, nach einer Lösung zu suchen, ohne dass man die Bürger mit Steuererhöhungen belasten müsse.

Herr Engelke stellt klar, dass die DIE LINKE für den Erhalt des Waldabades sei. Der Grund dafür sei ein sozialer Aspekt. Die Bürger möchten den Erhalt des Waldabades. Ein weiterer Grund sei ein wirtschaftlicher Aspekt. Die Attraktivität der Stadt Helmstedt würde sich verringern, wenn das Waldbad geschlossen werden würde. Dabei denke er durchaus auch an Betriebsansiedlungen, Gewerbeansiedlungen usw. Man habe schon an Attraktivität durch eine Schulschließung verloren. Der Verlust des Waldabades würde der Stadt Helmstedt sehr weh tun. Er befürchte den Verlust an Attraktivität in Hinsicht auf Touristik u. ä.

Frau Gogolin macht deutlich, dass man sich seinerzeit in den Fusionsverhandlungen mit der Samtgemeinde Nord-Elm nicht dazu entschlossen hätte, eine Schule und das Waldbad zu schließen, so müsse man sich nun nicht damit beschäftigen, diesen Beschluss rückgängig zu machen. Die UWG habe seinerzeit schon gegen einen Schließung gestimmt. Die UWG sei für das Waldbad, aber nicht in der Form. Es sei nicht erhältbar, da finanzielle Mittel fehlen. Der Gürtel müsse verwaltungsseitig enger geschnallt werden. Es müsse geprüft werden, ob in der Verwaltung der BDH Sparmaßnahmen zu finden seien, die einen großen Teil auffangen könnten. Sie meine damit nicht, dass Bademeister bzw. Personal im Bad eingespart werden können. Zu früheren Zeiten haben viele Ehrenamtliche unterstützt. Mitglieder des Fördervereines wären in vielen Bereichen zur Unterstützung bereit. Man müsse sich den gegebenen Situationen anpassen. Es seien weniger Besucher im Waldbad. Verwaltungstechnisch habe man somit weniger Kosten. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag könne sie nicht zustimmen.

Für Herrn Strümpel sei es unstrittig, dass alle für den Erhalt des Freibades in Helmstedt seien. Es sei eines der schönsten Bäder in Niedersachsen. Man sei dankbar für die gute Arbeit des Fördervereines. Die Umkehr des Beschlusses stehe im Zusammenhang mit dem Scheitern der Fusion mit der Samtgemeinde Nord-Elm. Alle Bürger wollen das Waldbad erhalten. Aber es gebe dabei ein Problem. Die meisten Bürger nutzen es nicht. Die Besucherzahlen seien zu gering. Die finanzielle Lage der Stadt Helmstedt sei mit der des Landkreises Helmstedt nicht vergleichbar. Der Landkreis wäre froh, wenn er so dastehen würde wie die Stadt. Man müsse sich nun über Ersatzmaßnahmen unterhalten. Man habe nun bis 2019 Zeit, um geeignete Konsolidierungsmaßnahmen zu finden. Zudem sei es gegenüber dem Innenministerium unheimlich fair, den Punkt 2 des Beschlussvorschlags jetzt schon zu formulieren. In Verhandlungen könne man ggfs. den Betrag auch noch etwas reduzieren.

Herr Junglas geht auf die Ausführungen von Frau Gogolin ein. Er rät ihr, dass man sich im Vorfeld von Einsparvorschlägen genauestens informieren sollte, wie es in einer Gesellschaft aussehe. Lt. Frau Gogolin solle im Bäderbetrieb nicht eingespart werden. Die restlichen Stellen in der BDH seien der Geschäftsführer, eine Prokuristin als Teilzeitkraft und zwei weitere Stellen. Er stellt sich die Frage, wo man da noch einsparen wolle.

Herr Preuß pflichtet Herrn Strümpel bei. Alle Bürger wollen das Freibad erhalten, aber niemand gehe hin. Er erinnert an die Bahnlinie Helmstedt - Schöningen - Schöppenstedt - Braunschweig. Tausende Personen haben für den Erhalt der Bahnlinie unterschrieben. Doch nur wenige haben auch die Bahn genutzt. Dieses Phänomen sei in vielen Bereichen immer wieder festzustellen.

Herr Ryll stellt fest, dass man die Vergangenheit nicht mehr ändern könne, aber die Zukunft könne man noch gestalten. Unter diesem Aspekt sei die vorliegende Vorlage zu beraten. Der Rat der Stadt Helmstedt habe sich schon seit Jahrzehnten für den Erhalt des Waldbades ausgesprochen. Es trete keine Sinneswandlung ein. In den Fusionsverhandlungen mit der Samtgemeinde Nord-Elm habe man dieser die Hand gereicht, in dem man angeboten habe, dass Waldbad nicht mehr zu bezuschussen und somit der Fusion den Weg zu ebnen. Diese Fusion ist nun nicht zustande gekommen. Daher müsse man für die Zukunft einen anderen Weg finden. Er fordert alle Ratsmitglieder auf, sich aktiv mit einzubringen, wenn es darum gehe, andere Wege der Haushaltskonsolidierung zu finden.

Der Bürgermeister führt aus, dass man in den vergangenen Jahren das Waldbad leider kaputt gespart habe. Man habe bewusst von erforderlichen Investitionen Abstand genommen. Man entscheide nun, dass das Waldbad als unverzichtbarer Teil der Stadt Helmstedt erhalten bleiben soll. Mit dem Beschluss des Erhalt des Waldbades spricht der Rat für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Unterstützung des Waldbades durch alle Bürger sei in vielen Ebenen spürbar. Daher werden auch die Bürger diese Entscheidung für richtig erachten. Zum Erhalt des Kleinods in Helmstedt werden aus seiner Sicht auch alle Bürger dazu beitragen wollen. Man könne daher die Grundsteuer A und B erhöhen und alle Bürger würden wissen, wofür diese Erhöhung u. a. verwendet wird. Aus seiner Sicht werde man keine Ausgabenreduzierung in dieser Größenordnung finden. In den vergangenen 15 Jahren habe man erhebliche Einsparungen vorgenommen. Der Haushalt sei auskonsolidiert. Die finanzielle Grundsituation der neuen Stadt Helmstedt wird bei weitem nicht so positiv sein, dass man tatsächlich in einen dauerhaften hohen Bereich von Überschüssen im Ergebnishaushalt komme. Um das Waldbad weiter betreiben zu können, benötige man einen Haushaltsüberschuss von ca. 230.000 Euro. Diesen werde man jedoch nicht erreichen.

Frau Heister-Neumann lässt auf Antrag einzeln über die Punkte abstimmen. Dieses wurde einstimmig vom Rat beschlossen. Der Rat fasst sodann folgenden

Beschluss

1. Die Haushaltssicherungsmaßnahme Nr. 25 Abgabe des Waldbades an einen Dritten oder Schließung des Bades wird aufgehoben.
(25 JA-Stimmen, 5 NEIN-Stimmen, 3 Enthaltungen)
2. Eine Ersatzmaßnahme für die Zielvereinbarung im Rahmen der Bedarfzuweisungen 2014/2015 wird mit dem Haushalt 2019 beschlossen. Dazu sind von der Verwaltung und Rat alternative Vorschläge zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
(29 JA-Stimmen, 3 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)
3. Zur Feststellung des kurz-, mittel- und langfristigen Sanierungsbedarfs des Waldbades wird die Studie aus dem Jahr 2008 überarbeitet. Die hierfür notwendigen Aufwendungen in Höhe von 5.000 € werden in den Haushalt 2017 eingestellt.
(einstimmig)

TOP 11 Änderung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten

V073/16

Herr Schmidt gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Preuß spricht sich grundsätzlich gegen eine Kindertagengebühr aus. Man müsse in die Zukunft investieren, die Zukunft seien nunmal die Kinder. Man gehe nun davon aus, dass man bei den beiden städtischen Kindergärten ca. 2.300 Euro einsparen wird. Die kirchlichen Kindergärten werden sich dann voraussichtlich auch daran orientieren und mehr Gebühren nehmen. Es gibt in Helmstedt eine Drei-Stufen-Regelung. Bis zu einer gewissen Einkommensgrenze sei der Kindergarten für diese Kinder kostenfrei. Bis zu einer weiteren gewissen Einkommensgrenze zahlt man einen verminderten Beitrag. Dann gebe es noch die "Normalverdiener", die den normalen Beitrag bezahlen. Diese Personen bezahlen allerdings zweimal. Zum einen bezahlen sie, weil sie Normalverdiener sind und entsprechende Steuern bezahlen und zudem müssen sie Gebühren für den Kindergarten bezahlen. Wer in die Zukunft investieren will, der muss in die Kleinsten, also in die Kinder investieren. Das JFBZ ist der Stadt Helmstedt sehr viel Geld wert. Genauso viel Geld, wenn nicht sogar noch mehr, müssten der Stadt Helmstedt die Kleinkinder wert sein. Er stellt den Antrag, dass man der vorliegenden Vorlage nicht zustimmen sollte. Viele Landesregierungen wollen es nun durchsetzen, dass Kindergartenplätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Lt. Herrn Engelke sollte die Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, und dazu gehöre auch der Kindergarten, kostenfrei sein. Es werde zu wenig für Kinder getan. Er macht darauf aufmerksam, dass vom Bund die Spaltensteuersätze gesenkt wurden. Die Quellensteuer wurden auf einen Pauschalbetrag festgelegt, der einige Milliarden an Verlusten mit sich brachte. Dadurch gehen auch den Kommunen entsprechende Gelder verloren. Man verarme vorsätzlich die Bürger. Man habe die Hartz 4 Kasse geschaffen. Dadurch spare man einige Milliarden ein. Hinzu komme, dass die Kommunen kein Geld mehr haben. Wenn man dem Antrag stattgeben würde, so würde man beim Bund feststellen, dass ausreichend Geld zur Verfügung stehe und man so die Steuersätze weiter senken könne. Dies treffe immer nur auf die Sitzenverdiener zu, denn die Mittleren betreffe es kaum. Zum anderen könnte man die Steuergestaltung so ausbauen, dass die Mittleren überhaupt nicht betroffen wären. Daher werde DIE LINKE gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Bei Frau Bosse blinkten bei der Vorlage Änderung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten alle Alarmlampen auf Rot und einem ersten Impuls zur Folge machte sich eine große Ablehnung breit. Doch ohne weitere und nähere Betrachtung dürfe man dieses nicht so sehen. Bei der genaueren Betrachtung musste sie feststellen, dass die Kindertagesstättenbeiträge letztmalig im Jahr 2013 mit einer pauschalen Grundanpassung von 10 Euro pro Platz angepasst wurden. In der Zwischenzeit habe sich jedoch vieles getan. Das Betreuungsangebot der Stadt Helmstedt wurde ausgebaut und erweitert und man könne mit Stolz sagen, dass die Stadt Helmstedt ein gutes und vielfältiges Angebot an Kinderbetreuungsplätzen anbieten könne. Dabei sei es auch nur mehr als gerecht, dass die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher durch eine Tariferhöhung wertgeschätzt wurde. Diese Erhöhung bleibe natürlich nicht ohne Folgen für die Stadt Helmstedt und so blieben für das Jahr 2016 30.500 Euro Personalkosten ungedeckt. In der Vorlage stehe unter anderem: Wollte man diese Personalkostensteigerung durch Kita-Entgelte auffangen, müssten diese eine Erhöhung von 33 % erfahren. Das dies finanziell für die Eltern nicht tragbar sei, liege auf der Hand und daher erscheine es als eine gute Lösung, so wie es die Verwaltung vorschlägt, sich am Verbraucherpreisindex zu orientieren. Dies bedeute somit eine Erhöhung der Kita-Entgelte um 2,4 %. Dies bedeute z. B. in der höchsten Kita-Entgeltstufe eine Erhöhung von 7 Euro. Diese moderate Anpassung sei aus ihrer Sicht durchaus für Eltern tragbar. Wenn man die Kita-Entgelte mit den Nachbarstädten Königslutter und Schöningen vergleicht, so könne man folgendes feststellen: Bei einem durchschnittlichen jährlichen Bruttoeinkommen von 25.000 Euro beträgt die Entgelthöhe bei einer 8 stündigen

Betreuung in einem Kindergarten in Königslutter 164 Euro, in Schöningen gar 224 Euro und in Helmstedt 134,49 Euro im Monat. Nun könnte man natürlich sagen, wozu betreibe man den Aufwand, denn die Landesregierung möchte den Kindergartenbesuch demnächst beitragsfrei gestalten. Allerdings erinnere sie sich gut daran, dass dieses Versprechen im Wahlkampf 1990 schon einmal von Seiten der SPD gegeben wurde und eine 100%ige Übernahme der Personalkosten in Aussicht gestellt wurde. Danach war die SPD 13 Jahre an der Regierung, aber in Sachen Personalkostenübernahme hatte sich nichts getan. Erst im Jahr 2003, als die CDU an die Landesregierung kam, wurde das 3. Kindergartenjahr beitragsfrei. Da beruhige es sie, dass die CDU angeboten habe, die Beitragsfreiheit schon jetzt gesetzlich umzusetzen. Erst einmal müssen die entstandenen Mehrkosten bewältigt werden. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass sich die Verwaltung große Mühe gegeben hat, einen vernünftigen Kompromissvorschlag zu erarbeiten, damit für die Eltern in der Stadt Helmstedt die Kindertagesstättengebühren noch bezahlbar bleiben. Sie habe die Alarmlampen ausgeschaltet und bitte darum, der Vorlage zuzustimmen.

Für Herrn Strümpel steht fest, dass Bildung nichts kosten darf. Dies beginne bereits bei der Krippe und gehe bis zum Studium. Leider konnte dies so noch nicht umgesetzt werden. In Skandinavien werde dies so praktiziert, jedoch gebe es dort wesentlich höhere Steuersätze als in Deutschland. In Braunschweig mussten sogar Kindergartenbeiträge wieder eingeführt werden, als es dort zu geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer kam. Die Mehrheit seiner Fraktion halte die moderate Erhöhung der Kindertagesgebühren für akzeptabel. Er hoffe jedoch weiterhin, dass sich die Landesregierung dafür einsetze, dass Kindergartenplätze irgendwann kein Geld mehr kosten.

Für Herrn Ide sei das vorliegende Thema ein sehr heißes Eisen. Die IST-Situation sei die Situation, dass die Kita Plätze in Helmstedt nicht beitragsfrei sind. Der SOLL-Zustand sollte das Gegenteil sein. Nur sei das nicht Sache der Kommunal-, sondern der Bundespolitik. Daher könne man sich nicht gegen den momentanen Zustand stellen. Gute und wertvolle Arbeit sollte auch entsprechend entlohnt werden. Der Fachkräftemangel mache sich auch in dieser Branche bemerkbar, denn wenn die Einstellungskriterien soweit aufgeweicht werden, dass nicht die qualifiziertesten, sondern diejenigen eingestellt werden, die den geringsten Schaden anrichten, dann sei es höchste Zeit zu handeln. Die Erzieher und Betreuer in den Kindertagesstätten tragen eine sehr große Verantwortung und erwarten hierfür auch einen entsprechenden Gegenwert. Dieser wurde nun durch die Erhöhung der Entgelttarife geschaffen. Dieses sei sehr gut, denn man erinnere sich an die Streiks vor zwei Jahren, als Eltern ihre Kinder nicht zur Betreuung in die städtischen Kitas geben konnten. Die Erhöhung muss durch die Kommune irgendwie aufgefangen werden. Deshalb stimme er für diese Erhöhung, so unbequem sie auch sei. Das Geld sei hier gut angelegt.

Herr Preuß lobt die Arbeit der Verwaltung, die Vorlage wurde sehr gut erarbeitet. Im Ortsrat Emmerstedt wurde jedoch beschlossen, dass man die Erhöhung ablehnt. Auch der Ortsrat Barmke hat die Erhöhung abgelehnt. In diesen beiden Ortsteilen seien die Kindergärten städtisch. Insofern seien die Eltern der Ortsteile von der Erhöhung betroffen. Die anderen Kindergärten stehen in der Verwaltung der Kirchen. Er verweist auf den Förderverein des KiGa Emmerstedt, der gute ehrenamtliche Arbeit leiste. In Gesprächen mit Eltern habe sich herausgestellt, dass Personen, die halbtags arbeiten, das verdiente Geld allein nur für die Gebühren der Krippen, Kindergärten usw. aufwenden. Dies könne aus seiner Sicht so nicht sein. Für ihn sei die moderate Erhöhung auch ein wenig Augenwischerei. Die Verwaltung werde für eine geringe Erhöhung maximal beschäftigt.

Frau Niemann stellt die Ausführungen von Herrn Ide richtig. Der Mangel an Erziehern liege nicht daran, dass die Erzieher tatsächlich einen viel zu geringen Lohn erhalten, sondern dass es viel zu wenig Ausbildungsplätze gebe. Es gebe lange Wartelisten für potentielle Erzieherausbildungswünsche. Alle Kommunen müssten sich zusammen schließen, um eine Änderung herbei zu führen. Die Bundes- und Landespolitik sei hier gefragt.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 22 JA-Stimmen bei 7 NEIN-Stimmen sowie 4 Enthaltungen den folgenden

Beschluss

Die Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung der städtischen Kindertagesstätten wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung mit Wirkung zum 01.08.2017 beschlossen.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

TOP 12 Zuschussanträge von Kitas für baul. Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2017 V094/16

Frau Grune gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Für Frau Niemann ist der vorliegende Beschlussvorschlag nicht zufriedenstellend, jedoch wesentlich besser als zu Beginn der Beratungen. Der Kindergarten St. Thomas habe bereits im Jahr 2013 um Zuschüsse für einen Sozialraum gebeten. Dieses wurde immer wieder abgelehnt. Dem Kindergarten St. Ludgeri ist die Erneuerung und Erweiterung ihres Kindergartens mehr oder weniger kommentarlos, zumindest jedoch gesprächslos, abgelehnt worden. Dies wird nun geändert. Nachdem man bereits vor 2 Jahren den Kindergarten St. Thomas besichtigte und das Problem erkannt wurde, dass bei immer jünger werdenden Kindern und bei immer mehr Inklusionskindern somit auch mehr Personal nötig ist, sei auch die Schaffung eines Sozialraumes für notwenig angesehen. Den Kommunen werde von Bund und Land nun mehr Geld in Aussicht gestellt. Allerdings müsse man abwarten, ob, wann und unter welchen Umständen dies geschehe. Durch den vorliegenden Beschluss sichere man dem KiGa St. Thomas zu, im Jahr 2018 Zuschüsse in den Haushalt einzustellen, egal ob mit oder ohne Zuschüsse. Mit dem KiGa St. Ludgeri werde man dann Gespräche führen, sobald der neue Kindergartenbedarfsplan vorliege. Der neue Kindergartenbedarfsplan werde aktuell vom Landkreis Helmstedt erarbeitet und nach Fertigstellung auch in den Gremien der Stadt Helmstedt vorgestellt. In den vergangenen Jahren wurden im Landesvergleich aussergewöhnlich viele Krippengruppen in Helmstedt auf den Weg gebracht. Helmstedt brauche sich hier nicht zu verstecken. Nun müsse man den Blick auf die Kindergärten richten.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

1. Für die Fassaden- und Dachdämmung im Kindergarten St. Marienberg werden im Haushaltsjahr 2017 10.000 Euro und im Haushaltsjahr 2018 47.000 Euro zur Verfügung gestellt.
2. Für den Anbau eines Sozialraumes im Kindergarten St. Thomas werden für das Jahr 2018 30.000 Euro im Haushalt vorgesehen.
3. Für die Fassadensanierung im Kindergarten St. Stephani werden im Haushaltsjahr 2017 Zuschussmittel in Höhe von 16.000 Euro bereitgestellt. Für die Herstellung eines Sonnenschutzes für den Kindergarten St. Stephani werden vor dem Hintergrund der jährlichen Bauunterhaltungspauschale keine Mittel zur Verfügung gestellt.
4. Für den Umbau des Eingangsbereiches einschließlich Erneuerung von Rampe und Treppe im Kindergarten St. Christophorus werden im Haushaltsjahr 2017 Zuschussmittel in Höhe von 13.930 Euro bereitgestellt.

5. Für den Ausbau des Kindergarten St. Ludgeri werden im Haushaltsjahr 2017 keine Zuschussmittel bereitgestellt. Nach der Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung durch den Landkreis Helmstedt soll die Verwaltung Gespräche mit St. Ludgeri über die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen aufnehmen.

TOP 13 Sachstand Skateranlage

V131/16

Herr Broughman gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Romba bringt zum Ausdruck, dass er sich sehr über den Beschlussvorschlag freue. Die Stadt Helmstedt betreibt seit Jahren die öffentliche Einrichtung Skateranlage. Diese sei in vielerlei Hinsicht bei vielen Personen umstritten. Aber es sei eine Anlage, die gut genutzt werde. Helmstedt sei eine familienfreundliche Stadt. Dazu gehöre auch die Vorhaltung einer solchen Anlage. Parteiübergreifend sei man der Meinung, Geld für diese Anlage zur Verfügung zu stellen.

Für Herrn Engelke entstand zunächst der Eindruck, dass die Skateranlage geschlossen werden sollte. Umso erfreuter sei er, dass sie nun doch erhalten werden soll. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Lt. einer Analyse im Wohnraumversorgungskonzept zu den Zu- und Abwanderungen habe man im Altersbereich 18 - 19 Jahre einen Zuwachs, aber im Bereich der 30 - 44jährigen gebe es starke Rückgänge. Genau diese Schicht habe aber die Kinder, die in dem Alter sind, die die Skateranlage nutzen. Insofern könne man mit dem Erhalt der Skateranlage dieser Abwanderung ein wenig entgegen wirken.

Lt. Herrn Winkelmann habe sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schon immer für den Erhalt der Skateranlage eingesetzt. Auch die FDP habe für den Erhalt gesprochen. Die beiden großen Fraktionen zeigten sich zunächst sehr zurückhaltend in dieser Thematik. Insofern sei er nun erfreut, dass sich auch SPD und CDU für den Erhalt aussprechen und Geld für die Skateranlage zur Verfügung stellen wollen. Ursprünglich sollten 30.000 Euro für eine Planung vorgesehen werden. Nun werde man mit den in den Haushalt eingestellten 20.000 Euro dafür sorgen, dass die Skateranlage für die Jugendlichen in Helmstedt erhalten bleiben kann.

Für Frau Schadebrodt sei der Erhalt der Skateranlage mindestens genauso wichtig wie der Erhalt des Waldbades. Zudem sei die Stadtverwaltung auch rechtlich verpflichtet, Angebote für Jugendliche bereit zu halten. Allerdings wurde in den vergangenen Jahren kein Geld in die Skateranlage investiert. Man müsse nicht einen neuen Skaterpark bauen, sondern man könne nun in den nächsten Jahren Stück für Stück die Skateranlage erneuern.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

Der Rat beschließt, für die Erneuerung der Skateranlage im Haushaltsjahr 2017 im investiven Bereich 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

TOP 14 Antrag von ev.-luth. Kitas auf Erweiterung von Betreuungsangeboten

V133/16

Herr Romba gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

Für die Erweiterung der Betreuungsangebote der Kindergärten wird eine Gesamtsumme von 50.000 Euro im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.

TOP 15 Neuabschluss der Vereinbarung über die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

V010/17

Frau Niemann gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Für den Bürgermeister stellt die aktuelle Lage eine Kompromißsituation dar. Positiv hervorzuheben sei, dass alle anderen 8 Kommunen innerhalb des Landkreises Helmstedt und auch der Landkreis selbst die besondere Situation der Stadt Helmstedt bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in der Kreisstadt Helmstedt gesehen haben. Helmstedt bilde das Zentrum der Krankenversorgung. Asylbewerber und Flüchtlinge, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen, werden der Stadt Helmstedt zugewiesen. Daher sei dies auch mit einem höheren Kostensatz zu veranschlagen. Die Zustimmungssituation habe gezeigt, dass die Gebietskörperschaften im Landkreis Helmstedt im Verlauf der vergangenen Jahre wesentlich enger zusammen gerückt seien. Allerdings sei er auch der Meinung, dass der Landkreis Helmstedt seiner Verpflichtung nicht nachkomme, die gesamten Kosten der Unterbringung zu übernehmen. Die rechtliche Situation stelle sich so dar, dass der Landkreis sämtliche Kosten übernehmen müsse. Man habe nun zunächst den vorliegenden Kompromiß beschlossen, damit die Rechtslage und die möglichen Konsequenzen weiter betrachtet werden können. Eine der möglichen Konsequenzen könnte sein, dass die alleinige Zuständigkeit für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen dann beim Landkreis liegt. Die kommunalen Haushalte der Städte und Gemeinden werden mit einer Aufgabe belastet, für die das Land Niedersachsen die Verpflichtung hat, dem Landkreis Helmstedt volumnäßig seine Kosten zu zahlen. Man habe nun zunächst einen Kompromiß erarbeitet, der beschlossen werden sollte. Man werde aber im Laufe des Jahres weiter mit dem Landkreis verhandeln. Das Ziel soll der komplette Kostenersatz sein.

Herr Broughman macht deutlich, dass die AfD der Vorlage nicht zustimmen wird. Die tatsächlichen Aufwendungen sind wesentlich höher. Der Landkreis Helmstedt erzwingt damit eine höhere Ausgabe des städtischen Haushaltes. Dies sei von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Helmstedt nicht gewünscht. Wenn der Landkreis erwartet, dass die Stadt Helmstedt Asylbewerber unterbringt und betreut, so sollte dieser auch sämtliche Gelder erstatten. Ablehnen könne man den Vertrag jedoch auch nicht, da jede Einnahme für die Stadt Helmstedt notwendig ist. Die AfD-Fraktion werde sich aus rein wirtschaftlichen Gründen enthalten.

Herr Preuß vertritt die Meinung, dass der Landkreis sämtliche Kosten übernehmen müsse. Das er dies durchaus leisten könne, habe er mit der Übernahme des Sozialamtes einschl. Personal bewiesen. In den vergangenen Jahren habe die Stadt Helmstedt wesentlich mehr Geld aufgewendet als man vom Landkreis Helmstedt erhalten habe. Daher plädiere er für eine Abgabe der Aufgabe an den Landkreis Helmstedt. Der Kompromiß für das Jahr 2017 sei eine Beruhigungspille. Im nächsten Jahr werde die Situation eine andere sein. Er spreche sich für einen Vorlage an den Rat aus, mit der dann die Aufgabe an den Landkreis abgetreten wird. Er wird der Vorlage zustimmen, da es eine vorübergehende Lösung ist.

Herr Ide bringt zum Ausdruck, dass es nicht nur bekannt, sondern auch loblich sei, dass die Stadt Helmstedt Aufgaben für den Landkreis Helmstedt wahrnehme. Dass allerdings der Landkreis diese Leistungen bislang nicht bzw. nicht ordentlich erstatte, sei eine nicht

akzeptable Situation. Das Gegenteil sei der Fall. Man zahle sogar noch eine höhere Kreisumlage als in Niedersachsen üblich. Die Stadt erbringe Leistungen, die der Landkreis wahrzunehmen habe und zahle auch noch dafür. Es wurde jedoch nachgebessert! Die Vorlage V 010/2017 erkläre, wie sich Stadt und Landkreis vorübergehend einigen konnten und die Aufwendungen zumindest in Teilen sowohl für Stadt und Gemeinden erstattet werden. Lediglich bei der Neuregelung zur Einführung einer Erleichterung des Abstimmungsprocedere verweigere sich der Landkreis. Diese Haltung sei nicht nachvollziehbar, denn sie führe dazu, dass sowohl die Stadt auf der einen und der Landkreis auf der anderen Seite die gleichen Aufgaben jetzt doppelt wahrnehmen. Die FDP-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, jedoch sollte in der Nachverhandlung ein Konsens gefunden werden, der allen Partnern gerecht werde und im Abstimmungsprozess adäquate Regelungen ermöglicht. Nicht hinnehmbar wäre allerdings eine Lösung in der Neuverhandlung, für die Jahre 2018 ff., die eine Steigung der Kreisumlage vorsehe. Die Stadt sollte weiterhin als starker und zäher Verhandlungspartner dem Landkreis gegenübertreten.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 3 Enthaltungen - den folgenden

Beschluss

Der anliegenden Vereinbarung über die Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Anlage 2) wird zugestimmt.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 16 Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Helmstedt

V012/17

Frau Wiesenborn gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Gehrke stellt die Prognosen und Statistiken des Wohnraumversorgungskonzeptes in Frage. Man sollte nicht alles, was dort dargestellt wird, für bare Münze nehmen. Die angenommenen Bevölkerungszahlen im Konzept variieren doch sehr stark zu den tatsächlich vorliegenden Zahlen. Die aktuelle Tendenz zeige, dass man in der Zukunft mehr Einwohner zu erwarten habe. Insofern könne man auch mehr Haushalte erwarten. Im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser müssen pro Jahr 25 Wohneinheiten geschaffen werden, im Mehrfamilienhausbau pro Jahr 16 Wohneinheiten und im Altstadtbereich sind jährlich 24 revitalisierte Wohneinheiten zu schaffen. Er freue sich über den Zuwachs der Bevölkerung. Dieses habe er bereits im Jahr 2014 prognostiziert. Anhand der steigenden Bevölkerungszahlen könne man sehen, dass Helmstedt ein attraktiver Wohnstandort sei. Auch sei Helmstedt beliebt wegen seiner Arbeitsplätze. Helmstedt habe mehr Einpendler als Personen, die aus Helmstedt in die benachbarten Regionen zum arbeiten fahren. Dieses zeige auch die wichtige Wirkung des Mittelzentrums Helmstedt. Wichtig sei auch die Bedeutung der Innenstadt. Die Innenstadt müsse revitalisiert werden. In diesem Zusammenhang lobt er das Engagement der KWG im Innenstadtbereich. Auf Seite 43 des Konzeptes wird speziell darauf hingewiesen. Auf Seite 19 des Konzeptes habe er eine ewisse Eulenspiegelei gefunden. Der Satz "Im Geschosswohnungsbau verdeutlicht die Graphik für Neubauten ebenfalls diesen apnoetischen Trend." Dieser Satz ist aus Sicht Gehrkes fehl am Platz. Auf Seite 30 sei er über den Satz "Von dieser Tendenz profitieren insbesondere die beiden ödipalen Ortsteile Barmke und Emmerstedt" gestolpert. Der Begriff "ödipal" sei hier ebenfalls falsch angewendet. Trotz allem werde er aber der Vorlage zustimmen.

Für Frau Schadebrodt macht das Wohnraumversorgungskonzept für Helmstedt Sinn, denn zum einen gebe es Engpässe für Wohnungssuchende, etwas individuell Passendes zu finden. Und wenn Helmstedt sich als attraktive Wohnstadt profilieren möchte, die in Richtung

Braunschweig, Wolfsburg und Magdeburg für Berufstätige gut erreichbar ist, dann sei man gut beraten, gezielt tätig zu werden. Zum anderen stünden in der Innenstadt über 800 Wohnungen leer. Hier gelte es, Wege zu ermöglichen, um Leerstand in vermietbaren Wohnraum umzuwandeln und um alte, das Stadtbild prägende Gebäude zu erhalten und aufzuwerten. Vor diesem Hintergrund sei es sehr erfreulich, dass in letzter Zeit verstärkte Bautätigkeiten einiger privater Investoren zu verzeichnen seien und dass die Kreiswohnungsbaugesellschaft (KWG) drei unterschiedliche Projekte zur Bereitstellung von Wohnraum in der Innenstadt in Planung bzw. schon begonnen habe. Hier werde verschiedenen Aspekten Rechnung getragen. Alte Bausubstanz werde in modernen Wohnraum umgewandelt, es werden günstige Wohnungen gebaut, und es solle familienfreundlicher und auch seniorengerechter Wohnraum geschaffen werden. Das Wohnraumversorgungskonzept sei allerdings nicht nur isoliert zu betrachten, sondern es sei ein wichtiger Baustein für die dringend erforderliche zielgerichtete Entwicklung der Stadt als Ganzes. Sie freue sich, dass man nun endlich gut aufgestellt sei, weil noch in diesem Jahr ein umfassendes, integriertes Stadtentwicklungskonzept und hoffentlich auch das Einzelhandelsentwicklungskonzept auf den Weg gebracht werden sollen. Damit sei auch die Wirtschaftsförderung aufgefordert, den Fokus wieder auf die intensive Förderung der Innenstadt zu richten, was sich spätestens im Haushalt 2018 niederschlagen sollte. Sie zitiert aus dem Konzept: Eine funktionierende Innenstadt mit einem ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmix ist unter dem Aspekt einer positiven Entwicklungsperspektive für die Gesamtstadt eine der zentralen Herausforderungen. Sie sichert das urbane Leben, garantiert die Vielfalt und Unverwechselbarkeit des Zentrums und sichert damit langfristig die Zukunft. Daher werde die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage gerne zustimmen.

Herr Preuß stellt fest, dass in das Konzept viel Arbeit investiert wurde. Allerdings wären die Inhalte des Konzeptes mit einem normalen Menschenverstand vorher schon zu begreifen gewesen. Er erinnert an die damalige Diskussion um die "Edelhöfe". Es sollte Wohnraum geschaffen werden, die alte Brennerei sollte zu einer Gaststätte umgebaut werden. Leider habe man zunächst rings um Helmstedt neue Baugebiete erschlossen. Dies führe dazu, dass Helmstedt einem ausgeblasenen hohlen Ei gleiche. Aus seiner Sicht müsse man dafür sorgen, dass man Menschen in die Stadt hole. Glücklicherweise entwickele sich die Planung der Edelhöfe so wie er es schon vor Jahren vorausgesagt habe. Wichtig sei ihm auch, dass man innerhalb des Denkmalschutzes überwiegend auf einen Fassadenschutz achte. Das dahinterliegende Gebäude sollte dann nach neueren Gesichtspunkten gebaut bzw. gestaltet werden. Neue moderne Gebäude sorgen dafür, dass auch die Menschen wieder in die Innenstadt ziehen.

Herr Viedt bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Arbeit. Es war notwendig, ein Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Helmstedt aufzustellen. Er weist auf die vielen geplanten Innenstadtbebauungen wie Schützenwall/Langer Steinweg und Campus Innenstadt hin. In das Sanierungsgebiet Nordöstliche Innenstadt wurde bereits viel investiert. Diesen Weg müsse man nun weitergehen. Im Innenstadtbereich entstehe durch die Sanierungen wieder mehr Leben. Leider habe man im Jahr 2016 die Lückenbebauung wieder von den Tagesordnungen der politischen Gremien genommen. Die Verwaltung habe sehr viel Arbeit in diese Vorlagen investiert. Er hoffe, dass man das Lückenbebauungskonzept wieder in die politischen Gremien geben werde, damit darüber beraten und beschlossen werden kann.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

Das vorliegende Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Helmstedt vom Dezember 2016 wird beschlossen.

TOP 17 Stiftung zur Erhaltung von Kulturdenkmalen in Helmstedt; Anpassung der Stiftungssatzung an die Mustersatzung der Abgabenordnung

V019/17

Herr Fox gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

Die Neufassung der Satzung zur Erhaltung von Kulturdenkmalen in Helmstedt wird beschlossen.

TOP 18 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. OTB 354 Gewerbegebiet Barmke-Autobahn Aufstellungsbeschluss -

V011/17

Herr Viedt gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Engelke spricht sich gegen das Gewerbegebiet Barmke-Autobahn aus. Das Helmstedter Gewerbegebiet liege ebenfalls in der Nähe der Autobahn. Dort gebe es noch genügend freie Flächen. Er kritisiert, dass die Diskussion um das Barmker Gewerbegebiet sehr einseitig geführt wurde. Man hätte das Helmstedter Gewerbegebiet mit in die Diskussion einbeziehen müssen. Aus seiner Sicht müsse es gelingen, mehr Produktionsbetriebe in Helmstedt anzusiedeln. Daher bezweifele er in gewisser Weise die Ernsthaftigkeit des Barmker Gewerbegebietes. Es müsse ein Konzept erarbeitet werden, wie sich das Barmker Gebiet mit dem Helmstedter Gebiet vertrage.

Herr Winkelmann führt aus, dass es bei dem Gewerbegebiet Barmke aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einerseits um die mögliche Schaffung von Arbeitsplätzen gehe und andererseits um die Versiegelung einer großen Fläche und weitere Umweltbelastungen. Positiv sei anzumerken, dass der Kartbahn Betreiber offenbar sein Interesse verloren habe, der Autohof mit Parkplätzen und Fastfood-Restaurant sei aber noch nicht endgültig vom Tisch. Etwa ein Drittel der Fläche benötige die Spedition. Die Umsetzung der Planung für das Gewerbegebiet Barmke würde sich nach seiner Einschätzung schädlich auf Umwelt und Natur auswirken. Der aus Natursicht wertvolle Heckenbestand wäre massiv gefährdet, große Flächen würden versiegelt und der Verkehr würde zu nehmen, was zusätzliche Belastungen zur Folge hätte. Da die Spedition vorrangig Volkswagen in Wolfsburg beliefern soll, wäre auch zu befürchten, dass der Lkw-Verkehr durch Rennau stark zunimmt. Dies sei auf eine Belieferung just in time zurückzuführen. In der Abwägung sehe sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daher nicht in der Lage, dem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen. Falls sich die Planung in eine positive Richtung entwickeln sollte, wobei man insbesondere die Versiegelung einer geringeren Fläche, wie von der Bürgerinitiative Barmke vorgeschlagen, sehe, sei im späteren Verfahren eine Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möglich.

Herr Waterkamp gibt bekannt, dass sich seine Meinung zum Gewerbegebiet Barmke-Autobahn von dem der übrigen Fraktionsmitglieder der AfD unterscheide. Er sehe einerseits die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, auch wenn diese vermutlich keine qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze seien. Er sehe eine Chance, den Wirtschaftsstandort Helmstedt zu stärken. Auf der anderen Seite sehe er aber auch die Rennauer, vor allem die Existenz der Landwirte vor Ort seien von dem Vorhaben bedroht. Die wegfallenden landwirtschaftlichen Flächen seien nicht unerheblich. Die Natur werde verschwinden. Leider sei es bereits jetzt schon so, dass Lastkraftwagen zum Teil dazu angehalten seien, über die Landstraße durch Rennau zu fahren anstatt die Autobahn zu benutzen. Diese Situation werde sich durch das neue Gewerbegebiet noch verschlimmern. Die Straßen würden unter der größeren Belastung leiden. Er wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Reinhold trägt vor, dass der Rat eine Entscheidung treffen wird, in der 46 Hektar unberührte Natur und landwirtschaftliche genutzte Flächen dem Gewerbegebiet Barmke-Rennau zum Opfer fallen werden. Er führt aus, dass es zu Belastungen der Bürger, der Straßen, der Natur und der Umwelt, und dem Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen und zu gesundheitsgefährdender Luftverschmutzung kommen wird. Dessen seien sich anscheinend alle bewusst. Gemeinden in der Nähe von Großstädten wie Braunschweig und Wolfsburg seien begehrte Wohnorte. Die Gemeinden weisen immer mehr neue Wohn und Gewerbegebiete aus. Nahe an der Stadt und doch auf dem Land, diese Kombination sei sehr begehrt. Gewerbegebiete können sowohl wohnnaha Arbeitsplätze, diese allerdings meistens nur im Niedriglohnsektor, als auch häufig recht überschaubare Gewerbesteuereinnahmen mit sich bringen. Besonders problematisch sei die Ansiedlung von Logistikzentren großer Konzerne. Aufgrund des hohen Automatisierungsgrades können nur sehr wenige Arbeitsplätze realisiert werden. Diese Verteilzentren seien augenscheinlich eine beliebte Quelle für kommunale Gewerbesteuereinnahmen. Doch wann und in welcher Höhe Gewerbesteuereinnahmen erzielt werden können, sei gerade bei großen Logistikfirmen mit mehreren Betriebsstädten ungewiss. Viele Speditionen, die die Autobahnmaut gern mit Überlandfahrten umgehen, kommen hinzu. Den zunehmenden Verkehr in den Orten nehmen die Kommunalpolitiker dabei billigend in Kauf. Die Anwohner in Rottorf und Rennau seien seit Jahren leidgeprüft. Zudem unterliegen die Straßen einem erhöhten Verschleiß. Eine mit 10 t belastete Lkw Achse belastet die Straßen so wie 160.000 Pkw Achsen. Bei regelmäßigen Kontrollen erfasst das Straßenbauamt und die Kreisstraßenmeisterei die Schäden, die durch die Mehrbelastung entstehen. Dies seien Schäden wie Spurrinnen, Wulstbildungen, Setzrisse und Schichtdurchbrüche. Bis eine Ortsumgehung geprüft, bewilligt und realisiert werde, können Jahrzehnte vergehen. Das geplante Gewerbegebiet sei ein harter Eingriff. Man spreche immerhin von 46 ha für Gewerbeansiedlungen und weitere 18 ha für Ausgleichsflächen, die auch die Landwirtschaft belasten werden. Es dränge sich daher der Eindruck auf, dass für das Areal hohe Summen an Steuergeldern zur Erschließung der Fläche leichtfertig für Wirtschaftsinteressen geopfert werde. Für den prognostizierten Bedarf an Gewerbeflächen existiere bislang keine belastbare Unterlage. Freie Gewerbeflächen gebe es in Grasleben-Heidwinkel (6 ha), Neue Breite (ca. 12 ha), Buschhaus (ab 2020 ca. 20 ha, es könnten weitere 80 ha folgen - hier sogar auch als Industriestandort, mit Anbindung an die Schiene, Weddeler Schleife usw.), Ochsendorf-Neindorf (13 ha sowie Antragskonferenz des ZGB über weitere 250 ha), Flechtorf im dritten Bauabschnitt (ca. 15 ha). Man sollte den Erhalt der Landschaft und der Natur und der Landwirtschaft für wichtiger erachten als das Zubetonieren wertvollen und nicht zu vermehrenden Bodens für immer mehr Gewerbegebiete, immer mehr Verkehr und für immer mehr Landschaftsverschandelung. Man dürfe sich nicht leiten lassen von den ewigen Versprechen wie sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen, ungebremstem Wachstum und der Schaffung von unzähligen Arbeitsplätzen. Die Menschen hätten begriffen, dass der Erhalt der Lebensgrundlage für alle wichtiger sei als die Nichteinhaltung von Versprechen, die mit nicht wieder gut zu machender Zerstörung der Heimat einhergehen. Denn die Zerstörung der Lebensgrundlagen komme der Menschheit langfristig teuer zu stehen. Wenn die Politik nicht kapiere, was wirklich zukunftsfähige Politik bedeute, dann müsse man sie halt manchmal auf diese Weise auf den richtigen Weg bringen. Umweltschutz sei tatsächlich mit dem Schutz des Menschen in Einklang zu bringen. Es sterbe am Ende die Natur. Da können die Menschen am Ende noch so viel bauen. Wenn man die Natur nicht respektvoll behandle und ihre Daseinsberechtigung nicht in die Entscheidungen mit integriere, werde es nicht der Mensch sein, der das alles überlebt. Gewerbegebiete schießen wie Pilze aus dem Boden. Es werden Arbeitsplätze geschaffen, großteils Teilzeit- und Billiglohnjobs. Die Folge seien Aufstocker und Altersarmut. Er bitte darum, dem Aufstellungsbeschluss nicht zuzustimmen.

Herr Preuß berichtet, dass morgens große Autokolonnen nach Wolfsburg fahren, da sie alle bei Volkswagen arbeiten. Sie müssen ja zur Arbeit kommen. Wenn nun in den Orten alle aufschreien würden, da die Belastung so hoch ist, würde niemand zur Arbeitsstelle kommen. Gewerbesteuer sei für ihn ein unkalkulierbarer Faktor. Er gehe jedoch davon aus, dass Menschen, die hier arbeiten, auch hier wohnen. Je mehr Menschen in einer Gemeinde wohnen,

umso höher sei der Anteil an der Einkommenssteuer. Dies sei für die Stadt Helmstedt wesentlich wichtiger und auch kalkulierbarer als die Gewerbesteuer. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sei für ihn der wichtigste Faktor. Bei der Festlegung der Ausgleichsflächen muss die Stadt Helmstedt Einfluß nehmen auf die Entscheidungen. Ausgleichsflächen seien sowohl bei der Stadt als auch beim Landkreis vorhanden. Man müsse eine genaue Planung der Flächen erarbeiten. Die angesprochene Straßenbelastung habe man in sehr vielen Bereichen des Landkreises. Er stellt die These auf, dass weniger befahrene Straßen eher in Mitleidenschaft gezogen werden als vielbefahrene Straßen. Die Straßen werden grundsätzlich so gebaut, dass sie auch großen Belastungen stand halten. Zum Abschluß bringt er zum Ausdruck, dass er der Vorlage zustimmen wird.

Herr Viedt geht auf die Ausführungen von Herrn Engelke ein. In der vergangenen Wahlperiode wurde von der Partei DIE LINKE ein Antrag eingebracht, dass sich die Stadt Helmstedt um die Ansiedlung von Betrieben bemühen soll. Nun eröffne sich die Möglichkeit mit dem neuen Gewerbegebiet und Herr Engelke signalisiere, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde. In Richtung von Herrn Winkelmann bringt er zum Ausdruck, dass die ehemalige Ratsfrau von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Mattfeldt-Kloth, im Jahr 2016 in Cuxhaven einen Vortrag für die Infrastruktur in Cuxhaven gehalten hat. Gewerbe- und Industrieflächen sollen dort entstehen, die Verkehrsanbindung soll hergestellt werden. Es war keine Rede von der Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen. Zu den Ausführungen von Herrn Reinhold merkt Herr Viedt an, dass er verwundert sei, dass in vielen anderen Orten des Landkreises Gewerbegebiete entstehen bzw. entstanden seien, nur in Helmstedt bzw. in Barmke sollen keine entstehen. Dies sei ihm nicht wirklich schlüssig.

Der Bürgermeister erklärt, dass er sich zu Beginn seiner politischen Laufbahn als Ortsbürgermeister in Barmke insbesondere um zwei Themen zu kümmern hatte. Neben dem Ausbau der BAB A 2 war dies die geplante Mülldeponie. Seinerzeit haben alle landwirtschaftlichen Betriebe aus freien Stücken ihr Land verkauft. Somit war auch klar, dass diese Flächen der Landwirtschaft und auch dem Umweltschutz entzogen werden. Die Nutzung der Flächen wurde immer wieder thematisiert. Nun gebe es die Chance, dort ein Gewerbegebiet zu errichten. Er zieht den Vergleich zu Gebieten in Lehre. Dadurch sei die Gemeinde Lehre auf dem Weg, sich selbst zu entschuldigen. Die aktuelle Diskussion führe zu einem Zielkonflikt. Die Landwirtschaft und das Gewerbegebiet konkurrieren miteinander. Zwei landwirtschaftliche Betriebe seien von der Schaffung des Gewerbegebietes massiv betroffen. Die Zukunft dieser Betriebe müsse durch Ausgleichsflächen gesichert werden. Für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen dürfen keine vorhandenen Arbeitsplätze entfallen. Sichtbeeinträchtigungen für die Barmker Bürger werde es nicht geben, da die Autobahn und die Lärmschutzwände zwischen dem Ort und dem geplanten Gewerbegebiet liegen. Die befürchteten Verkehrsprobleme im Ort Rennau könne man durch eine Umgehungsstraße lösen, allerdings müssten sich dafür alle Entscheidungsträger in Rennau auf eine Trassenführung einigen. Aus seiner Sicht müsse in neue Gewerbegebiete investiert werden. Er bittet um Zustimmung des Beschlussvorschlags.

Herr Dr. Weferling berichtet, dass es sehr intensive Gespräche mit den Gegnern des Gewerbegebietes gegeben habe. Leider schweigen all diejenigen, die dem Gewerbegebiet zustimmen. In persönlichen Gesprächen habe er aber durchaus feststellen können, dass die Mehrheit der Barmker Bürger für die Schaffung des Gewerbegebietes sei. Man habe in der Vergangenheit zusammen mit der Verwaltung von Stadt und Landkreis gute Ergebnisse erzielt. Die ursprünglichen Planungen mit Rasthof, Hotel usw. wurden überarbeitet und es wurde eine konsensfähige Lösung angestrebt. Die meisten Bedenken der Gegner konnten so ausgeräumt werden. Die BI Barmke führte aus, dass die Stadt Helmstedt an der schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Lage selbst Schuld sei, da man stets darauf geachtet habe, dass für den Bestand an vorhandenen Unternehmen mehr Energie entgegengebracht wurde als der Neuansiedlung von Betrieben. Nun habe man die Möglichkeit, neue Betriebe anzusiedeln. Daher hoffe er, dass die Mehrheit des Rates dem Beschlussvorschlag folgen werde, damit

weitere Schritte zur Prüfung eines Gewerbegebietes in Angriff genommen werden können.

Herr Gehrke erklärt, dass bereits Fakten getroffen worden seien. In den Nachtragshaushalt 2016 wurden 350.000 € für die Planung des Gewerbegebietes eingestellt. Insofern erhalte die Verwaltung auch die volle Rückendeckung des Rates. Er bedauert, dass die Planungen bereits etwas zurück gefahren wurden. Von der ursprünglichen Planung sei anscheinend nur noch das Logistikzentrum übrig geblieben. Die sich bietende Gelegenheit müsse man nutzen und in die Planungen für das Gewerbegebiet einsteigen. Das Gewerbegebiet müsse kommen, denn Helmstedt habe nur mit weiteren Arbeitsplätzen eine Zukunft.

Frau Schadebrodt macht deutlich, dass die FDP-Fraktion ihre Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss für das Gewerbegebiet Barmke Autobahn geben werde. Zum einen befürworte man die veränderten Planungsbedingungen, wie sie in der Vorlage der Verwaltung beschrieben seien. Es mache unter den erläuterten Aspekten Sinn, das neue Gewerbegebiet als Stadt selbst zu entwickeln und auf dem Markt anzubieten. Zum anderen gebe der Aufstellungsbeschluss die Möglichkeit, Gutachten in Auftrag zu geben, um Lärm- und Umweltschutzaspekte zu untersuchen und die Risiken mit den erforderlichen Maßnahmen verbindlich zu definieren. Dieses sei ein wichtiger Schritt im Rahmen der Bauleitplanung, denn nur so werde man denjenigen Bürgerinnen und Bürgern gerecht, die gegen das Projekt Bedenken geäußert haben. Helmstedt müsse es gelingen, seine hervorragende Lage direkt an der Autobahn A 2 endlich wirtschaftlich als Standortvorteil zu nutzen. Bei den Gewerbesteuereinnahmen liege man weit abgeschlagen im Vergleich mit ähnlich großen Städten. Dies liege nicht an der Höhe des Hebesatzes, sondern an der Anzahl der ansässigen Betriebe. In Helmstedt fehle deutlich mehr als ein Drittel des Geldes, das andere vergleichbare Städte erwirtschaften. Vor diesem Hintergrund sollte man die Chance nutzen, mit dem Gewerbegebiet direkt an der Autobahn neue Unternehmen anzusiedeln und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 27 JA-Stimmen bei 3 NEIN-Stimmen sowie 3 Enthaltungen den folgenden

Beschluss

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. OTB 354 Gewerbegebiet Barmke-Autobahn für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet wird gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 19 Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH) Haushaltsplan 2017 - V153a/16

Herr Waterkamp gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Junglas berichtet, dass die nachfolgenden Anregungen der SPD-Fraktion in den Haushaltsplan 2017 des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung eingebracht und in der A Vorlage berücksichtigt wurden. Bei den Erträgen wurde in der Abwassergebührenkalkulation ein Rechenfehler korrigiert und die Gebühren so beschlossen, wie sie sich aus der Kalkulation direkt ergeben. Damit jeder Bürger die Berechnung nachvollziehen könne, wurde die Kalkulation der Vorlage beigegefügt. Die Ergebnisplanung wurde um die Position "Zuführung zum Gebührenausgleich" erweitert, damit sowohl beim Schmutz- als auch beim Niederschlagswasser ausgeglichene Jahresergebnisse geplant werden können. Im Finanzplan konnte der Liquiditätsspielraum am Jahresende erweitert werden. Damit sei sichergestellt, dass die Zahlungsbereitschaft des Eigenbetriebes gegeben ist, ohne den Haushalt der Stadt in Anspruch zu nehmen. Außerdem sei die Kreditaufnahme für 2017 auf 3.000.000 € erhöht

worden, um die derzeit noch günstigen Zinssätze auszunutzen. Im Rahmen des Investitionsplanes macht er auf ein sehr wichtiges Projekt aufmerksam. Es handele sich dabei um die Oberflächenwasserleitung aus dem Sternberger Teich, die 2017/2018 mit einem Volumen von 3.300.000 € realisiert werden soll. Durch die Ableitung des Regenwassers über eine gesonderte Leitung zur Kläranlage könne das Kanalnetz und die Kläranlage bei Starkregenereignissen deutlich entlastet werden, womit für viele Bürger die Gefahr von überfluteten Kellern geringer werde.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den folgenden

Beschluss

1. Der Haushaltsplan 2017 für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung Helmstedt (AEH) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen wird auf 3.000.000 € festgesetzt.
3. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltjahr Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100.000 € festgesetzt.

**TOP 20 Haushalt der Stadt Helmstedt für das Haushaltjahr 2017; a)
Haushaltssatzung einschl. Haushaltspflan mit Stellenplan; b)
Investitionsprogramm; c) Haushaltssicherungskonzept einschl.
Haushaltssicherungsbericht**

V002a/17

Frau Klimaschewski-Losch gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Wittich Schobert vergleicht in seiner Haushaltrede die Erstellung und Verabschiedung eines Haushaltes mit einem guten Essen. In beiden Fällen bedürfe es einer soliden Vorplanung. Die vorhandenen Ressourcen müssen betrachtet, der geplante Verbrauch an Gewürzen kalkuliert und die erforderlichen Zutaten geplant werden. Dies sei gespiegelt zur Aufstellung eines kommunalen Haushaltes eine durchaus vergleichbare Situation. Man tätige Investitionen in Kindergärten und Grundschulen, in die bauliche Substanz des Brunnentheaters, des Rathauses, in das Jugendzentrum und in die Skateranlage. Man erneuere den Fahrzeugbestand der Freiwilligen Feuerwehren, ersetze abgängige Spielgeräte auf den Spielplätzen und schaffe neue Baugebiete, um der Nachfrage nach Bauplätzen im Stadtgebiet und in den Ortsteilen nachzukommen. Weiterhin finde man im Haushalt einige große geplante Projekte wie das Gewerbegebiet Barmke, die weitere Sanierung des Holzberg oder der soziale Wohnungsbau am Langen Steinweg. Auf der Liste für künftige Vorhaben wurden bereits die Edelhöfe und der Helmstedter Bahnhof vermerkt. Mit den Förderprogrammen Leader und Dorferneuerung werden die Dörfer Barmke und Emmerstedt vorangebracht. So werde künftig für den Erhalt der lebendigen Dorfgemeinschaften Sorge getragen. Nicht alles, was man sich wünsche, könne in kurzer Zeit erreicht werden. Seit 16 Jahren verfolge man das Ziel, wieder einmal einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden zu können. Dieses Ziel werde man im Jahr 2017 gemeinsam erreichen. Man könne stolz darauf sein, dass man endlich wieder im Planungsjahr mit einem leichten Überschuss im Ergebnishaushalt abschließen werde. Immerhin konnte man bereits in den vergangenen Jahren feststellen, dass die Finanzentwicklung der Stadt Helmstedt positiv verlaufe. Der Abbau von rund drei Millionen Euro Schulden in vier Jahren zeige, dass Rat und Verwaltung auf einem guten gemeinsamen Weg seien. Man wisse, dass man sich weiter auf die Aufgabe der Haushaltkskonsolidierung konzentrieren müsse. In vielen Sitzungen und Beratungen, mit viel Leidenschaft und Engagement haben die Ratsmitglieder Akzente gesetzt und die richtige Würze ins Spiel

gebracht. Verbesserungen bei den Betreuungsangeboten der Kindergärten, Erhöhung der Zuschüsse für die Sportvereine und für kulturelle Projekte, klare Bekennnisse zum Waldbad Birketeich und zum Brunnentheater, die Skateranlage, die Unterstützung der Arbeit der Tafel und des Meilensteins seien nur einige Beispiele. Dies alles zusammen ergebe einen guten Haushalt für das Jahr 2017. Der Zusammenschluss von Helmstedt und Büddenstedt werde das prägendste Ereignis im Jahr 2017 werden. Gemeinsam werde man sich ab dem 1. Juli den Herausforderungen der Zukunft stellen. Dazu gehöre auch das Großprojekt Industriegebiet Buschhaus, welches man mit den Partnern, der Stadt Schöningen, dem Landkreis Helmstedt sowie dem Land Niedersachsen und dem Bund angehen werde. Er freue sich sehr auf die anstehende Fusion und sei stolz darauf, als Teil eines Teams, bestehend aus den beiden Verwaltungen und den beiden Räten, an diesem Zukunftsprojekt mitwirken zu dürfen. Er dankt dem Team der Finanzverwaltung für die gute Arbeit. Den Mitgliedern des Rates dankt er für die guten und fairen Beratungen. Es mache ihm Spaß, sich in einer solch guten Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung für die Belange der Stadt Helmstedt einzusetzen. So sei dann auch der Haushalt 2017 ein Gemeinschaftswerk, was sich sehen lassen könne.

Herr Kalisch sieht den vorliegenden Haushalt als einen historischeren Haushalt an. Es sei der letzte Haushalt der Stadt Helmstedt alter Ausdehnung. Der Haushalt schreibe eine sogenannte schwarze Null bzw. sogar ein Plus von 27.800 €. Der Haushalt bestätige die Rechnungsergebnisse der Jahre 2013, 2014 und 2015, die alle ein positives Ergebnis ausweisen konnten. Dieses sehe er als eine Bestätigung der soliden Haushaltspolitik von CDU und SPD. Man könne stolz auf die Entwicklung der Stadt Helmstedt sein, ohne selbstgefällig oder überheblich zu sein, sondern im Bewusstsein, mit aller Kraft die neuen Aufgaben anzupacken. Helmstedt war und sei Schulstadt. Daran ändere auch die Schließung einer Grundschule nichts. Er erinnert daran, dass die Schließung dem demographischen Wandel Rechnung trage. Er zeigt sich erfreut, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Grundschulen stabil bei circa 700.000 € in den nächsten vier Jahren bleiben. Man werde pro Schule einen höheren Betrag zur Verfügung stellen können. Die CDU bekenne sich ausdrücklich zu den Kindertagesstätten. Deshalb sei es das Ziel, diese Einrichtungen im Verantwortungsbereich der Stadt zu behalten. Dieses müsse aber zu vertretbaren Konditionen geschehen. Zur Lösung miteinander und nicht gegeneinander gebe es keine Alternative. Für ihn sei die vorgeschlagene Erstattung durch den Landkreis Helmstedt für sinnvoll. Eine Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis - als letzte Konsequenz eines Scheiterns der Verhandlungen - halte er für nicht akzeptabel, weil dies zu Lasten der Kinder gehen könnte. Im Haushalt 2015 konnte man unter Produktziele Wirtschaftsförderung den Begriff "Aufbau Kaufhaus Innenstadt" finden, nun fehle dieser. Der Begriff Kaufhaus fange die Bedeutung der Altstadt zu sehr auf das Einkaufen ein. Altstadt bedeute für ihn auch Erlebnisstadt. Helmstedt habe mehrere Einkaufszentren: die Altstadt, die Emmerstedter Straße mit Real und Umgebung, den Magdeburger Berg und das Internet. Daher müsse man die Altstadt von diesen Zentren ab- und hervorheben, sei es durch die bauliche Entwicklung der Neumärker Straße sowie Gröpernplatz, durch die vielen Sanierungsgebiete, durch Herstellung alter Denkmäler durch Zuschüsse der Stiftung, durch viele Veranstaltungen wie Kulturnacht, Altstadtfest, Gänsemarkt oder die Teilnahme am Wettbewerb "Ab in die Mitte". Dieser Weg müsse konsequent fortgesetzt werden. Viele Massnahmen werden ausdrücklich unterstützt. Tief berührt habe ihn, dass in der Zeitung zu lesen war, "jetzt arbeiten wir an unserer Fusion und dann entdeckt der Rat hoffentlich wieder sein Herz für die Innenstadt". Er kenne kein Ratsmitglied der letzten drei Jahrzehnte, welches nicht mit Herz für die Altstadt gekämpft habe. Aktuell habe man ein Wohnraumversorgungskonzept verabschiedet. Die Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen wachse überdurchschnittlich, zu ihnen zählen Singles und junge Paare. Ab 45 Jahren stabilisieren sich die Zahlen bei leicht positiver Tendenz. Deshalb gewinne das Grundstück Edelhöfe/Beek immer mehr an Bedeutung. Man begrüße das Engagement der Kreiswohnungsbau. Doch drei Gesichtspunkte dürfe man nicht außer Acht lassen. Die Bevölkerungsentwicklung müsse berücksichtigt werden. Das Grundstück habe der Stadt Helmstedt einst 3,5 Millionen DM gekostet, daher müsse der Verkaufspreis sachgerecht sein. Als Bestandteil der Altstadt müsse die Gestaltung die Kleingliederung der vorhandenen Bausubstanz aufnehmen. Des weiteren

seien noch zwei Aufgaben zu erfüllen. Sowohl die Nachnutzung des Gebäudes der Ludgerischule als auch die Gestaltung des Bahnhofes müsse geklärt werden. Bei aller Wertschätzung für das Geleistete müsse man allerdings auch den Blick in die Zukunft richten. Man stehe neben der Fusion vor 2 Herausforderungen. Die Entwicklung der Nachnutzung von Buschhaus sei ein Thema. Durch den Zusammenschluss von Helmstedt und Büddenstedt sei man nicht nur als Bürger des Landkreises, sondern unmittelbar als Bürger der Stadt Helmstedt betroffen. Die vierte Säule neben Bund, Land Niedersachsen, Landkreis Helmstedt sei die Stadt Helmstedt. Man müsse eine starke innovative Kraft in diesem Prozess sein, Verwaltung und Politik müssen handeln, sonst werde über die Stadt gehandelt. Die jetzt zugesicherten 900.000 € seien ein begrüßenswerter Anfang, aber sicherlich sei dies nicht ausreichend. Wirtschaftliche Entwicklungen hätten schon immer Geld gekostet. Das Geld müsse sinnvoll eingesetzt werden, aber feilschen um jeden Cent - wie dieses im Konsolidierungsprogramm erforderlich sei - werde dort unangebracht sein. Das Ziel müsse es sein, erfolgreich Firmen anzusiedeln, denn dies bedeute Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen. Man habe in den Haushalt einen "Erinnerungsbetrag" in Höhe von 5000 € als Aufwendungen für den Lappwaldsee eingestellt. Dieser Betrag werde sicherlich nicht dem strategischen Ziel der Stadt - Entwicklung des Lappwaldsees und Verstärkung (Kultur)touristischer Netzwerke - gerecht. Es gab eine Verwaltungsvorlage, die die Aussage traf, dass der See ohnehin erst im Jahr 2080 benutzbar sei und deshalb alle Bemühungen eingestellt werden sollten. Man habe es nicht getan und man dürfe es zukünftig auch nicht tun. Die beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU haben mit dem Hauptverantwortlichen der BKB - Herrn Dr. Wilckens - seinerzeit die Initiative zur schnellstmöglichen Entwicklung dieses Gebietes gegeben. Um aus der touristischen zarten Pflanze, die schon heute großen Zuspruch erfahre, einen robusten touristischen Baum werden zu lassen, werde Geld nötig sein. Große Aufgaben seien zu bewältigen. Dieses werde viel Geld kosten. Man dürfe dies bei der Verabschiedung des ausgeglichenen Haushaltes nicht aus den Augen verlieren. Die CDU werde dem Haushalt zustimmen.

Herr Preuß stellt den Antrag, dass über die drei Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abgestimmt wird. Dies werde ihm die Zustimmung zum Haushalt erleichtern. Des Weiteren geht er auf die Entwicklung des Lappwaldsees ein. Das Gelände gehöre noch nicht der Stadt. Er habe vor Jahren dazu geraten, das Nordufer zu erwerben. Er befürchte, dass die Preise für den Erwerb steigen werden. Harbke sei bereits tätig gewesen und habe Teile privatisiert. Er weist darauf hin, dass der Ausgleich des Haushaltes auf die Zahlung von Bedarfzuweisungen zurück zu führen sei.

Lt. Herrn Strümpel habe man in Sachen Haushalt um Kompromisse gerungen, so dass sich nicht nur die Kooperationspartner im Haushalt wieder finden, sondern auch Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Diese große Gemeinsamkeit zeichne den Helmstedter Rat aus und bringe die Stadt voran. Im Haushalt gebe es in der Prognose erstmals ein Plus von 27.800 €. Das zeige, dass der Rat mit dem Haushalt verantwortungsvoll umgehe. In den Haushaltjahren 2013-2015 konnte man entgegen der Planung circa 6,3 Millionen € Plus erwirtschaften, obwohl der Haushaltsansatz negativ war. Durch das Plus konnten Altschulden abgebaut werden. Dazu haben die Bedarfzuweisungen des Landes erheblich beigetragen. Dass der Haushalt in der Vorausschau positiv ende, sei fast allein Verdienst der Landesregierung. Das Land hatte versprochen, strukturschwachen und finanziell schwachen Kommunen entscheidend zu helfen. Dies zeige nun Wirkung. Noch nie habe eine Landesregierung den Landkreis und die Kommunen so nachhaltig unterstützt wie die rot/grüne Landesregierung. Das lasse sich belegen: für die Jahre 2014/2015 und 2016 habe die Stadt Helmstedt 7,3 Millionen € an Bedarfzuweisungen bekommen, zusätzlich für das KIP 838.500 € für Baumaßnahmen, die ohnehin getätigt werden müssten. Hinzu kämen weitere Unterstützungen (z. B. Inklusionskosten). Ohne diese bemerkenswerte Unterstützung hätte man ein deutliches neues Defizit im Haushalt. Helmstedt sei gut aufgestellt und mache Fortschritte zu einem immer positiverem Image. Nach vielen vergeblichen Versuchen ist die Fusion Helmstedt und Büddenstedt geglückt. Beide Seiten werden erheblich profitieren. Büddenstedt werde neue

Gestaltungsräume für seine Bürgerinnen und Bürger erhalten, deutlich mehr als bei der Stabilisierungshilfe. Helmstedt werde als Mittelzentrum gestärkt und Einrichtungen wie Arbeitsagentur, Finanzamt usw. werden gesichert. Die Zukunftschance liege im großen Industriegebiet um Kraftwerk Buschhaus. Nicht nur wegfallende Arbeitsplätze werden ersetzt, sondern möglichst zusätzliche sollen geschaffen werden. Hier komme auf die Taskforce (Arbeitsgruppe Helmstedter Revier) im Wirtschaftsministerium eine zentrale Lenkungsfunktion zu. Diese Fusion müsse der Anfang sein, man reiche die Hand für weitere Fusionen zur Stärkung der mittelzentralen Funktion. Beim Gewerbegebiet Barmke dürfe man keine Zeit verlieren, um zu Gewerbeansiedlungen zu kommen. Dabei sollte man, was Lärmschutz und verträgliche Verkehrsführung angeht, auf optimale Lösungen achten. Der Aufstellungsbeschluss lasse alle Möglichkeiten offen. Deshalb solle und müsse man im Interesse der Arbeitsplätze alle möglichen Investoren ernsthaft prüfen. Arbeitsplätze seien Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Nach langen Jahren gebe es endlich konkrete Perspektiven für mehr Arbeitsplätze. Helmstedt werde davon profitieren. Alle gemeinsam seien der Meinung, dass das Waldbad erhalten bleiben müsse, da es ein Juwel in der Region sei. Nach dem entsprechenden Beschluss müsse man sich nicht nur mit ersetzen Konsolidierungsmaßnahmen, sondern auch mit notwendigen Investitionsmaßnahmen auseinandersetzen. Man müsse versuchen, wieder mehr Besucherinnen und Besucher in das Freibad zu locken, um das Defizit zu senken. Deshalb sollte das Waldbad an Attraktivität gewinnen. Ein entscheidender Weg dazu sei der angedachte Kletterwald, der in Kombination mit dem Waldbad die Besucherzahl im Bad steigern könnte. Mit der geplanten Bebauung von Edelhöfe/Beek mit unterschiedlichen Wohnformen und in der Größe verschiedener Angebote der Wohnungen werde ein breites Publikum angesprochen, die Innenstadt werde gewinnen. Dazu warte man auf eine zügige Umsetzung des Edeka-Marktes an der Leuckartstraße. Der Marktplatz habe mit seiner Gastronomie und Außenbewirtschaftung schon sehr gewonnen. Weitere Maßnahmen, für die es viele Anregungen gebe, sollen folgen. Alle Händler müssen sich noch stärker als "Kaufhaus Innenstadt" verstehen, dabei sollte man sich den Zeichen der Zeit stellen auch mit einer gemeinsamen Online-Plattform. Nur gemeinsam sei der Handel stark. Die Tendenz der Einwohnerentwicklung in Helmstedt sei sehr positiv. Im Schnitt der Wanderungsbewegung gewinne man pro Jahr circa 300 Einwohner dazu. Helmstedt wachse wieder. Dies sei ein Zeichen dafür, dass Helmstedt Anziehungskraft besitze. Es gebe wieder deutlich mehr Geburten. Der Unterschied zwischen Sterbefällen und Geburten werde kleiner. Das stellt Helmstedt als kinder- und familienfreundliche Stadt vor Herausforderungen. Man müsse für genügend Plätze in den Krippen und Kindergärten sorgen. Daraus folgt, dass es auch wieder mehr Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen geben werde. Die Zuschüsse für die Sportvereine und die Kultur werden erstmals wieder erhöht. Die engagierte Arbeit der Tafel findet mit 1500 € Anerkennung. Die Ortschaften Barmke und Emmerstedt entwickeln sich positiv. Helmstedt sei insgesamt gut aufgestellt. Das Image werde zunehmend besser. Dafür gebe es vielfältige Gründe. Der Bürgermeister habe seine Arbeit mal mit einem Schiff auf hoher See verglichen. Die Wogen hätten sich geglättet, die See sei ruhig. Aber es komme nicht nur auf den Kapitän an. Auf die Mannschaft komme es ebenso an und das sei nunmal der Rat. Diese Mannschaft halte durchaus auch bei unterschiedlichen Auffassungen zusammen. Er bedankt sich bei Wolfgang Kalisch und der CDU für die gute Zusammenarbeit. Den Dank richtet er auch an die FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die sich in den Beratungen konstruktiv eingebracht haben. Weiterhin dankt er den Mitarbeitern der Verwaltung. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt geschlossen zustimmen.

Für Frau Schadebrodt und die FDP-Fraktion sei es ein besonders erfreulicher Moment, da man für das Jahr 2017 einen Haushaltsplan mit einem kleinen positiven Ergebnis verabschieden könne. Da die FDP mit den Inhalten zum größten Teil einverstanden sei, werde man dem Haushaltsentwurf 2017 zustimmen. Auf der Einnahmeseite sei sehr zu begrüßen, dass die vom Landkreis angehobenen Kostenerstattungen für die Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge und die neu eingeführte Teil-Erstattung der Kosten für den Kindergartenbereich erreicht wurden. Hier habe die Verwaltung mit dem Landkreis gut verhandelt, und es bleibt zu hoffen, dass auch die zweite Runde erfolgreich endet und der Landkreis seiner Zuständigkeit

entsprechend für sämtlichen Aufwand aufkommt. Erwähnenswert bei den Einnahmen sei noch die Bedarfszuweisung in Höhe von rund 2,3 Mio. €, die der Stadt letztendlich das positive Gesamtergebnis in 2017 ermögliche. Sicherlich sei es erstrebenswert, diese Millionen € in anderer Form, z. B. in Form von Gewerbesteuerzahlungen neuer Betriebe einzunehmen. Hier habe die Stadt noch großes Potenzial, und mit dem Gewerbegebiet direkt an der A 2 könne man mittelfristig diesem Ziel ein ganzes Stück näher kommen. Auf der Aufwandsseite des Haushaltsentwurfs könne man erfreulicherweise feststellen, dass der größte Kostenblock, nämlich 10,9 Mio. € für aktive Personalkosten, gegenüber dem Vorjahr nicht weiter steigen soll. Die Anzahl der tatsächlich besetzten Stellen werde um 1 Stelle reduziert, was angesichts der relativ hohen Personalaufwandsquote von fast 29 % zu begrüßen ist. Viele andere geplante Ausgaben und Investitionen werden familienfreundlich eingesetzt. Man erweiterte die Betreuungsangebote in den Kitas, investiere in deren Ausstattung, man unterstütze den Bau des Babyplanschbeckens im Waldbad und erhöhe die Musik- und Sportförderung. Auch die Skateranlage soll aufgewertet werden und der Teich im Brunnental soll entschlammmt werden. Zudem erhalte helmstedt aktuell eine kleine Erhöhung des städtischen Zuschusses und neue Sonnenschirme für den Marktplatz. Einziger großer Knackpunkt seien aus Sicht der FDP-Fraktion die enormen Ausgaben, die in das DTA-Kompetenzzentrum gesteckt werden sollen. Insgesamt seien von 2017 bis 2020 Kosten in Höhe von 890.000 € eingeplant, allein in 2017 gehe es um 245 T€. Selbst bei guten Vermietungschancen sei die Rentabilität als fraglich einzustufen. Die FDP schlage daher vor, das Gebäude zu verkaufen, anstatt weiterhin viel Geld in das Kompetenzzentrum zu stecken. Zummindest sollte die Möglichkeit geprüft werden, auf diese Weise das Waldbad zu erhalten und die Bürger nicht mit Steuererhöhungen zu belasten. Wenn auch mit dem Haushalt beschlossen werde, dass die KWG ein Darlehen über eine Million € erhalte, so sei dies gut investiertes Geld. Das Geld soll nach 10 Jahren zurückgezahlt werden und mit dem Geld werde ein weiteres attraktives Wohnprojekt in der Innenstadt ermöglicht. Insgesamt bewerte sie den Haushaltsentwurf positiv. Er enthalte trotz der angespannten finanziellen Situation eine sogenannte schwarze Null und viele Maßnahmen, die die Stadt Helmstedt ein gutes Stück voranbringen werden.

Herr Winkelmann zeigt sich erfreut darüber, dass man seit vielen Jahren mal wieder mit einem Haushaltsplan in das neue Jahr starte, der nicht defizitär sei und sogar mit einem Plus von 27.800 € aufwarten könne. In den letzten Jahren war es zwar oft so, dass sich im Laufe des Jahres das Defizit in ein Plus verwandelte. Er spricht einige Haushaltsansätze, die von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen besonders positiv bewertet werden, an. Ein wichtiger Bereich sei für seine Fraktion weiterhin der kommunale Klimaschutz. Durch die vorgesehenen Energieeinsparmaßnahmen erfolge eine Reduzierung der CO2-Immissionen und damit einhergehend eine Verringerung der Energiekosten für den Haushalt der Stadt Helmstedt. Da Bund und Land massiv fördern, müsse die Stadt nur ca. 10 % der Investitionssumme aufbringen. Ca. 180.000 € seien für die energetische Sanierung der Aula der Grundschule Pestalozzistraße vorgesehen, 100.000 € für Fenstererneuerungen im Rathaus und 30.000 € für weitere Energiesparmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung. Außerdem seien 115.000 € für die Erneuerung der Heizungsanlage des Rathauses in den Haushalt eingestellt. Hier soll die besonders energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik zum Einsatz kommen, die bekanntlich Strom und Wärme erzeugt und somit einen hohen Wirkungsgrad habe. Besonders begrüße seine Fraktion, dass die Stadt auch 2017 wieder 12.000 € als städtischen Anteil für den Tagestreff Meilenstein (Stiftung Wohnen und Beraten) zur Verfügung stellt. Dort finden Mitmenschen ohne Wohnung und Personen mit sozialschwachem Hintergrund Unterstützung und die Möglichkeit, auch der Vereinsamung ein Stück weit entgegen zu wirken. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Erhalt der Skateranlage im Kaisergarten. Da die Verwaltung keine Mittel mehr für die Anlage zur Verfügung stellen wollte, hätte sie nach kurzer Zeit, wenn auch die letzte marode Rampe nicht mehr benutzbar gewesen wäre, den Helmstedter Jugendlichen nicht mehr zur Verfügung gestanden. Nun seien 20.000 € für 2017 eingestellt, so dass der Fortbestand der Skateranlage gesichert sei. Durch die positive finanzielle Entwicklung seien auch noch die Erhöhung der Sportförderung um 10.000 € sowie 3.000 € mehr für kulturelle Projekte möglich. Insgesamt bewerte er den Haushaltsentwurf für 2017 als sehr positiv. Die

Fraktion Bündnis 90/die Grünen werde ihm daher zustimmen.

Herr Junglas ergänzt, dass es zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2017 keine vernünftige Alternative gebe. Er nimmt kurz zu den Themen Schwarze Null und "Bedarfsszuweisungen" Stellung. Von einer Schwarzen Null spreche man, wenn die Erträge einer Kommune größer seien als die geplanten Aufwendungen und sie den Haushaltausgleich aus eigener Kraft schaffe. Dies sei in Helmstedt nicht der Fall, da 2,3 Mio. € Bedarfsszuweisungen im Haushalt 2017 erstmals als Einnahmen veranschlagt wurden. Bedarfsszuweisungen seien Landesmittel, die finanzschwachen Kommunen auf Antrag vom Land währt werden. Bis 2013 habe die Stadt Helmstedt nie Bedarfsszuweisungen erhalten. Dies habe sich nun geändert. Der erste Grund dafür sei, dass die Landesregierung unter Stephan Weil das Ziel verfolge, finanzschwache Kommunen zu unterstützen, um möglichst gleiche Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. Daher wurden die Beurteilungskriterien für den Erhalt der Zuwendungen (Beurteilung der Steuerkraft) ab 2014 geändert. Der zweite Grund sei, dass man 2012 entschieden habe, jedes Jahr einen Antrag auf Bedarfsszuweisung zu stellen, obwohl dies über 10 Jahre lang erfolglos war. Er stellt dar, dass sein positivstes Erlebnis in 16 Jahren als Kämmerer der Stadt Helmstedt die Mitteilung über 2,6 Mio. Bedarfsszuweisung im Jahr 2014 war. Der dritte und wichtigste Grund sei, dass der Rat der Stadt Helmstedt seit dem Jahr 1999 bereit war, immer auch harte und schwierige Entscheidungen zu treffen. Als Beispiele nennt er den Verkauf der Stadtwerke, den Verkauf von städtischen Immobilien von über 7 Mio. € und die Schließung einer Schule. Dies war nur durch die Zusammenarbeit von SPD und CDU möglich und sei heute die Voraussetzung dafür, dass man einen, unter Berücksichtigung von Landesmitteln, ausgeglichenen Haushalt beschließen könne.

Frau Heister-Neumann lässt auf Antrag von Herrn Preuß einzeln über die Punkte abstimmen. Der Rat fasst sodann folgenden

Beschluss

1. Gem. § 112 Abs. 1 NKomVG wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 in der beratenen Fassung erlassen (Anlage 1).
(31 JA-Stimmen, 1 NEIN-Stimme, 1 Enthaltung)
2. Aufgrund des § 118 Abs. 3 NKomVG wird das Investitionsprogramm der Stadt Helmstedt für den Planungszeitraum 2016 bis 2020 in der beratenen Fassung festgesetzt.
(32 JA-Stimmen, 1 Enthaltung)
3. Gem. § 110 Abs. 6 NKomVG wird das Haushaltssicherungskonzept 2017 beschlossen.
(28 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Herr Gehrke verlässt die Ratssitzung.

TOP 21 Benennung von beratenden Mitgliedern in den Fachausschüssen

V021/17

Herr Dinter gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 31 JA-Stimmen bei einer NEIN-Stimme den folgenden

Beschluss

Nachfolgende beratende Mitglieder werden gem. § 71 Abs. 7 NKomVG in die jeweiligen Fachausschüsse berufen:

Bau- und Umweltausschuss (BUA):

- ein/e Vertreter/in des Arbeitskreises Lokale Agenda 21
- Vorstand wird erst in einer Versammlung gewählt
- ein Vertreter der Bürgeraktion Alt Helmstedt

Herbert Rohm**Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Innenstadt und Stadtentwicklung (AWTIS):**

- ein Vertreter des Vereins Helmstedt aktuell/Stadtmarketing

Wolfram Wrede

- ein Vertreter der Initiative Campus Helmstedt

Lorenz Flatt

- ein Vertreter des Einzelhandelsverbandes Helmstedt

Claudius Traumann**Ausschuss für öffentliche Sicherheit und Ordnung (ASO):**

- eine Vertreterin der Polizei Helmstedt

Heike Heil

- ein Vertreter des Seniorenbeirates

Heinz Hilgers

- ein Vertreter der Feuerwehr

Nils Sage**Ausschuss für Sport, Ehrenamt und Kultur (ASEK):**

- ein Vertreter der ARGE Helmstedter Sportvereine

Torsten Scharf

- ein Vertreter des Fördervereins Waldbad Birketeich

Martin Lehmann**Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Soziales (AJFSS):**

- eine Vertreterin der Wohlfahrtsverbände

Andrea Zerrath

- zwei Vertreterinnen der Helmstedter Kindertagesstätten

Katja Georgi, KIGA St.Marienberg**Rita Gardlo; KIGA Lebenshilfe****TOP 22 Korrektur des Protokolls der Ratssitzung vom 03.03.2016; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE**V022/17

Frau Heister-Neumann verweist auf den Antrag.

Herr Engelke ergänzt diesen zusätzlich. Für ihn sei entscheident, dass die Angelegenheit nicht in nichtöffentlicher, sondern vielmehr, wie von Frau Engelke beantragt, in öffentlicher Sitzung hätte beraten werden müssen. Dadurch entstehe der Eindruck, dass Frau Engelke über nichtöffentliche Angelegenheiten spreche. Dies sei so nicht korrekt.

Der Bürgermeister stellt klar, dass ein neu gewählter Rat nicht Angelegenheiten des vorherigen Rates korrigieren könne.

Herr Romba stellt den Antrag auf Nichtbefassung. Diesem Antrag wird mit 26 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme sowie 5 Enthaltungen zugestimmt.

TOP 23 Fotoalbum zu touristischen Glanzpunkten in der Homepage der Stadt Helmstedt einrichten; Antrag von Hrn. Engelke, Ratsherr DIE LINKE

V023/17

Frau Heister-Neumann verweist auf den Antrag.

Herr Engelke ergänzt diesen zusätzlich.

Der Bürgermeister unterstützt den Antrag von Herrn Engelke und bittet daher um Zustimmung des Antrages.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung den nachfolgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt spricht die Empfehlung aus, ein Fotoalbum zu touristischen Glanzpunkten in der Homepage der Stadt Helmstedt einzurichten.

TOP 24 Bekanntgaben

TOP 24.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016; Stand:16.01.2017

B008/17

Der Rat der Stadt Helmstedt nimmt die Bekanntgabe 008/2017 zur Kenntnis.

TOP 25 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in zwei Fällen zum Thema Gewerbegebiet Barmke-Autobahn Gebrauch gemacht.

Sodann beendet die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann um 21:58 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt. Nachdem alle Gäste den Ratssaal verlassen haben, eröffnet sie den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt.
